

## Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

2. Sitzung vom 17. Februar 2014 von 18.00 Uhr bis 22.00 Uhr Casino Wohlen

---

**Vorsitz:** Ariane Gregor, Präsidentin

**Protokollführung:** Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz:** **Einwohnerrat von 18.00 Uhr – 18.10 Uhr**

Mitglieder des Einwohnerrates: 34  
Absolutes Mehr: 18  
Zweidrittelsmehr: 23

**Einwohnerrat von 18.10 Uhr – 18.40 Uhr**

Mitglieder des Einwohnerrates: 36  
Absolutes Mehr: 19  
Zweidrittelsmehr: 24

**Einwohnerrat von 18.40 Uhr – 18.50 Uhr**

Mitglieder des Einwohnerrates: 37  
Absolutes Mehr: 19  
Zweidrittelsmehr: 25

**Einwohnerrat von 18.50 Uhr – 22.00 Uhr**

Mitglieder des Einwohnerrates: 38  
Absolutes Mehr: 20  
Zweidrittelsmehr: 26

### **Gemeinderat**

Walter Dubler, Gemeindeammann  
Paul Huwiler, Vizeammann  
Bruno Breitschmid, Gemeinderat  
Urs Kuhn, Gemeinderat  
Ruedi Donat, Gemeinderat  
Arsène Perroud, Gemeinderat  
Markus Gsell, Gemeinderat

### **Weitere Anwesende**

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber  
Nicole Imfeld, Leiterin Abteilung Planung, Bau und Umwelt  
Carmine Monteleone, Projektleiter Hochbau  
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter  
Urs Spillmann, Leiter Soziale Dienste  
Ernesto Hitz, Schulverwalter  
Werner Lüpold, Betriebsbeamter  
Marco Veil, Chef Regionalpolizei  
Beat Herzog, Leiter ZSO  
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege  
Thomas Laube, Vorsteher Gemeindesteuernamt  
Rolf Stadler, Präsident Schulleiterkonferenz  
René Bossert, Bereichsleiter EDV  
Marcel Christen, Feuerwehrkommandant

### **Entschuldigungen**

Edwin Brunner, SVP  
1 Sitz SVP vakant  
Stephan Suter (ab 18.10 Uhr anwesend)  
Simon Sax, GLP (ab 18.10 Uhr anwesend)  
Meinrad Meier, CVP (ab 18.40 Uhr anwesend)  
Anna Keller, Grüne (ab 18.50 Uhr anwesend)

## Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 12140  
2. Vorlage: Budget 2014 der Einwohnergemeinde Wohlen AG mit einem Steuerfuss von 113 %
3. Kenntnisnahme Jahresbericht und Rechnung 2012 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil

---

Gregor Ariane, Präsidentin:

## **Eingänge**

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 13. Januar 2014 zu verzeichnen:

- Einladung zur 2. Einwohnerratssitzung vom 17. Februar 2014
- Motion 13001 der SVP betreffend Mieten der gemeindeeigenen Liegenschaften
- Bericht und Antrag 2. Vorlage: Budget 2014 der Einwohnergemeinde Wohlen mit einem Steuerfuss von 113 %
- Sitzungsdaten des Einwohnerrates für das Jahr 2014
- Protokoll des Einwohnerrates vom 23. September 2013
- Finanzkommissionsbericht zum Budget 2014
- Revidierter Stellenplan zum Budget 2014
- Bericht und Antrag 13002 zur Motion 11042 für die Weiterprojektierung „Tempo-30-Zonen“
- Protokoll des Einwohnerrates vom Oktober 2013
- Informationsschreiben der Musikschule

## **Mitteilungen**

### **Rücktritt aus dem Einwohnerrat**

Oliver Degischer, SVP, tritt per sofort als Einwohnerrat zurück.

Gregor Ariane, Präsidentin: Im Namen des Einwohnerrates danke ich Oliver Degischer für sein politisches Engagement der Gemeinde Wohlen gegenüber und wünsche ihm und seiner Familie alles Gute für die weitere Zukunft.

### **Inpflichtnahme Einwohnerratsmitglied**

Gregor Ariane, Präsidentin Liest das Amtsgelübde vor.

Erwin Koch, CVP, leistet für die Amtsperiode 2014/2017 das Amtsgelübde gemäss § 2 des Geschäftsreglements des Einwohnerrates und ist somit in Pflicht genommen.

Erwin, ich danke Dir für Deine Zeit, die Du für die Gemeinde investieren wirst und wünsche Dir viel Freude bei der Ratsarbeit.

## Fraktionserklärung

Geissmann Thomas, FDP: Die meisten von Ihnen werden es bereits aus den Medien erfahren haben, dass Bruno Breitschmid, der letzten Herbst erfolgreich als Gemeinderat wiedergewählt wurde, seit dem 5. Februar 2013 Mitglied der FDP Wohlen ist. Er hat sich selbst immer als Bürgerlicher bezeichnet und unsere Fraktion freut sich, dass er sich jetzt offiziell zur freisinnigen Politik bekennt und als Liberaler im Gemeinderat vertreten ist. Bruno Breitschmid geniesst unser vollstes Vertrauen. Wir wünschen ihm viel Erfolg bei seiner Tätigkeit und freuen uns auf die künftige engere Zusammenarbeit mit ihm.

## Ordnungsantrag

Wille Franz, CVP: Wir beantragen, dass das Traktandum 3 vor Traktandum 2 behandelt wird. Das Geschäft wird schnell besprochen sein und es wäre schön, wenn Peter Moos und Stefan Irniger nicht den ganzen Abend hier verbringen müssten, sondern bald wieder gehen könnten. Es wäre auch ein kleines Zeichen der Wiedergutmachung, da es uns nicht gelungen ist, den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2012 früher zu behandeln, sondern erst im Jahr 2014. Ich bitte Sie dem Antrag zuzustimmen.

## Abstimmung

Der Ordnungsantrag

*Traktandum 3 vor Traktandum 2 zu behandeln.*

wird einstimmig angenommen.

---

Vogt Roland, GPK: Die GPK bedankt sich beim Abwasserverband für den Jahresbericht und die Rechnung 2012. Es war ein erfolgreiches Geschäftsjahr für den Abwasserverband, welches jedoch vom tragischen Tod ihres Vorstandsmitglieds Toni Schürmann überschattet wurde. Trotzdem kann man dem Bericht entnehmen, dass die Mitarbeiter des Verbands äusserst kompetent, wirtschaftlich und verantwortungsbewusst gearbeitet haben.

Während der Stromverbrauch praktisch gleich hoch war wie im Vorjahr, hat die Stromerzeugung eine positive Entwicklung erlebt, dies bewerten wir sehr positiv. Gegenüber dem Vorjahr konnten 57% mehr kWh ins Ökostromnetz fließen und verkauft werden. Das wirtschaftlich ausgezeichnete Ergebnis hat positive Auswirkungen auf die Finanzen unserer Gemeinde. Trotz einer Zunahme der Abwassermenge um 30%, lag der Betriebskostenbeitrag rund CHF 210'000.00 tiefer als ursprünglich im Voranschlag budgetiert und entlastet so wirksam die Gemeindekasse.

Die GPK möchte noch einen negativen Punkt ansprechen. Wir behandeln erst heute den Jahresbericht und die Rechnung 2012. Es kann sicher nicht die Absicht unseres Gemeinderates sein, so viel Zeit verstreichen zu lassen, bis er solche positiven Geschäfte behandelt. Wir haben den Eindruck, dass es dem Gemeinderat an Wertschätzung gegenüber dem Verband fehlen könnte. Wir bitten den Gemeinderat, solche Verzögerungen in Zukunft zu vermeiden und die Geschäfte speditiver dem Einwohnerrat vorzulegen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Wir danken der Geschäftsleitung und dem Vorstand für die geleistete Arbeit, inhaltlich gibt es nicht viel dazu zu sagen. Den Vorwurf der GPK muss ich aber zurückweisen, es liegt nicht am Gemeinderat, dass die Behandlung dieses Geschäftes verzögert wurde, sondern es ist einfach nicht auf die Traktandenliste für den Einwohnerrat gekommen, dafür wäre das Ratsbüro zuständig gewesen.

## Fraktionsmeinungen

Lehmann Sandra, GLP: Unsere Fraktion stört es, dass das Geschäft erst jetzt traktandiert wurde. Wir bitten den Gemeinderat und das Ratsbüro, den diesjährigen Bericht deutlich früher zu traktandieren.

Der Bericht ist übersichtlich und informativ. Der Betriebskostenbeitrag der Gemeinde ist mit CHF 520'000.00 deutlich unter dem budgetierten Betrag von CHF 735'000.00 geblieben. Das gute Ergebnis konnte aufgrund der Einnahmen für die Annahme von Frischschlamm von der ARA Killwangen und der Einspeisevergütung (KEV) für den Betrieb der BHKWs für den Betrieb mit Ökostrom erwirtschaftet werden.

Besonders erwähnenswert scheint uns der tadellose Unterhalt, der durch das ARA Personal geleistet wurde. Dieser Unterhalt und die vorbildliche Wartung können einen langfristigen und störungsarmen Betrieb der Anlagen garantieren und die Gesamtlebensdauer derselben steigern. Unsere Fraktion dankt dem Personal und dem Vorstand für die vorzüglich geleistete Arbeit und nimmt vom Jahresbericht und der Jahresrechnung 2012 Kenntnis.

Suter Stephan, SP: Wir danken den Angestellten des Abwasserverbands herzlich für die sehr gut geleistete Arbeit. Trotz höherem Wasserverbrauch konnte der Abwasserverband ein positives Ergebnis erwirtschaften. Der höhere Wasserverbrauch bedeutet aber auch,

dass die Umwelt uns irgendwann einen Strich durch die Rechnung machen könnte. Die ARA gilt als Musterbeispiel für guten Unterhalt. Machen Sie so weiter, unsere Unterstützung haben Sie.

Hoffmann Thomas, Finanzkommission: Franz Brunner, Vertreter der FIKO Wohlen, hat zusammen mit je einem Vertreter der FIKO Waltenschwil und der FIKO Villmergen die Jahresrechnung 2012 am 23. April 2013 geprüft. Die FIKO nimmt erfreut Kenntnis vom guten Ergebnis, welches aber durch einmalige und ausserordentliche Faktoren erreicht werden konnte. Den vollständigen Bericht der Revisoren sehen Sie auf Seite 22. Ich schliesse mich den Vorrednern bezüglich früherer Traktandierung an.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Wir danken für den guten Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis.

Pfister Ramon, SVP: Ich schliesse mich den Vorrednern auch an. Obwohl die ARA durch Mehrbelastung durch Klärschlamm von Rudolfstetten und Killwangen einen grösseren Aufwand hatte, konnte sie ein hervorragendes Resultat erwirtschaften. Nicht zuletzt auch deshalb, weil sie kleinere Reparaturen selbst vorgenommen hat und Kosten vermieden werden konnten. Der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2012 sind leicht verständlich und vorbildlich zu Papier gebracht worden. Seit vielen Jahren können wir mit der Leistung der ARA sehr zufrieden sein. Wir möchten den Verantwortlichen und den Mitarbeitern der ARA unseren Dank aussprechen. Den Jahresbericht und die Rechnung nehmen wir zur Kenntnis.

Burkard Thomas, Grüne: Wir nehmen Kenntnis vom sehr positiven Jahresbericht und der Rechnung 2012 der ARA. Wir danken allen beteiligten Personen für ihre tadellose, kompetent und zuverlässig geleistete Arbeit. Vergessen wir nicht, dass zwar kaum wahrgenommen im Alltag, die ARA ein wesentlicher Bestandteil unseres zeitgemässen Umweltschutzes darstellt.

Wille Franz, CVP: Wir haben mit Freude vom Jahresbericht Kenntnis genommen. Es war ein hervorragendes Geschäftsjahr und ich habe inhaltlich nichts hinzuzufügen. Im Namen unserer Fraktion danke ich dem Personal der ARA und dem Vorstand herzlich für ihre Arbeit. Was wir verschmutzt hinterlassen, wird durch die ARA in einem sauberen Zustand der Natur zurückgegeben, das ist eine der schönsten Aufgaben, die man wahrnehmen kann.

*Der Einwohnerrat nimmt den Jahresbericht und die Rechnung 2012 des Abwasserverbandes Wohlen-Villmergen-Waltenschwil zur Kenntnis.*

---

Gregor Ariane, Präsidentin: Wir erinnern uns alle noch an die letzte Budgetsitzung. Heute werde ich despektierliche Voten sofort unterbrechen, denn ich wünsche sachbezogene Politik. Wir sitzen alle im selben Boot und ich weiss, dass wir alle das Beste wollen für Wohlen.

Hoffmann Thomas, FIKO-Präsident: Für die Erstellung des Budgets ist der Gemeinderat verantwortlich, die FIKO prüft das Budget. Die FIKO hat in Arbeitsgruppen, in Gesamtsitzungen, sowie in Sitzungen mit der Verwaltung und dem Gemeinderat, das Budget der einzelnen Dienstabteilungen überprüft. Sie hat sich dabei auf die Unterlagen der ersten Lesung, die Abstimmungsunterlagen, den Bericht und Antrag 12140, Befragungen und einverlangte Akten abgestützt. Weil die Zusammensetzung der FIKO in dieser Legislatur neu ist, hat sie das ganze Budget überprüft, natürlich unter Berücksichtigung der Ergebnisse der ersten Lesung. In den Details verweise ich auf den Bericht und Antrag der FIKO vom 5. Februar 2014.

Die FIKO begrüsst den Vorschlag des Gemeinderates, den Steuerfuss bei 113% zu belassen, so wie es die FIKO bereits in der ersten Lesung vorgeschlagen hatte. Die FIKO bedauert aber, dass der Bericht und Antrag 12140 des Gemeinderates nicht ausführlicher ausgefallen ist. Die Begründungen für die Kostenreduktionen und Kostensteigerungen fehlen. Die FIKO hofft, dass der Gemeinderat über diese Anpassungen heute noch sprechen wird. Die Anträge der FIKO bringe ich später in der Detailberatung vor. Wir empfehlen Ihnen mehrheitlich, das vorliegende Budget 2014, mit unseren drei Anträgen und dem Steuerfuss von 113%, zu genehmigen.

Gsell Markus, Gemeinderat: Ich werde einige Ausführungen zu unserem Budget 2014, mit einem Steuerfuss von 113%, anbringen. Die Spezialfinanzierungen (Wasser, Abwasser, Abfall) sind nicht berücksichtigt.

Im Aufwand neu berücksichtigt, mit einem Betrag von CHF 15'000.00, ist ein von der Gemeinde Hendschiken übernommener KV-Lernender im 2. Lehrjahr. Diese Lehrstelle war bislang nicht im Stellenplan aufgeführt. Der Lernende wird bis zu seiner Lehrabschlussprüfung im Jahr 2015 bei uns bleiben. Zusätzliche Stellen haben wir 1.2 Pensen für die Sozialen Dienste und 0.7 für die Abteilung Planung, Bau und Umwelt.

#### Budget 2014 und Steuerfuss 113%

## **Aufwand, in Vorlage berücksichtigt**

- Löhne Lernende: Fr. 15'000.—, weil KV Lehrling von Gemeinde Hendschiken bis Lehrabschlussprüfung 2015 übernommen wurde.
- Zusätzliche Stellen 1,2 Penum Soziale Dienste  
0,7 Penum Planung, Bau und Umwelt



Der betriebliche Aufwand beträgt CHF 58'567'900, das Ergebnis aus dem Betrieb beträgt CHF -3'086'600. Wenn man den Finanzertrag addiert, erhält man ein operatives Ergebnis von CHF -1'623'100.

Budget 2014 und Steuerfuss 113%

**Erfolgsrechnung (ohne Spezialfinanzierungen) in Fr.—**

Betrieblicher Aufwand	58'567'900
Betrieblicher Ertrag	55'481'300
<b>Ergebnis aus Betrieb</b>	<b>-3'086'600</b>
Finanzaufwand	1'459'700
Finanzertrag	2'923'200
<b>Ergebnis aus Finanzierung</b>	<b>1'463'500</b>
<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>-1'623'100</b>

Zum operativen Ergebnis kommt die Aufwertungsreserve von CHF 2'512'900 hinzu. Diese wird jedes Jahr eingefroren und vom Eigenkapital abgezogen. Dies ergibt ein Gesamtergebnis von CHF 889'00.

Budget 2014 und Steuerfuss 113%

<b>Operatives Ergebnis</b>	<b>-1'623'100</b>
a.o. Aufwand	0
a.o. Ertrag, Aufwertungsreserve	2'512'900
Ausserordentliches Ergebnis	2'512'900
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>889'000</b>

Wenn man zum Ergebnis von CHF -1'623'100 die Abschreibungen von CHF 3'503'200 hinzurechnet, erhält man eine Selbstfinanzierung von CHF 1'880'100. Damit kann die Gemeinde arbeiten.

## Geldflussrechnung

Operatives Ergebnis	-1'623'100
Abschreibungen	3'503'200
<b>Selbstfinanzierung</b>	<b>1'880'100</b>

Wir haben Nettoinvestitionen von CHF -1'734'500, das sind bewilligte Verpflichtungskredite, über die wir jetzt dann abstimmen. Wenn man dies abzieht, verbleiben noch CHF 145'000.00. Es kommen aber laufend immer wieder Projekte dazu.

## Finanzierungsergebnis

Nettoinvestitionen	-1'734'500
Selbstfinanzierung	1'880'100
<b>Finanzierungsergebnis</b>	<b>145'600</b>

**Fazit 1:** Das operative Ergebnis beträgt CHF -1'623'100 und muss in den nächsten Jahren ausgeglichen werden. Wir können die Finanzierung durch unsere Abschreibungen decken, das bedeutet, dass die Werterhaltung sichergestellt ist. Neue Investitionen sind hier jedoch nicht beinhaltet. Die Aufwertungsreserve ist keine Diskussionsgrundlage für einen Steuerfuss, da sie keine finanzielle Quelle ist. Die Nettoinvestitionen von CHF 1'734'500 betragen etwa die Hälfte der Abschreibungen.

**Fazit 2:** Das ganze Jahr ist Budgetzeit, das heisst, dass wir uns das ganze Jahr über Gedanken über unsere Finanzlage machen und unsere Vorteile immer erarbeiten müssen. Diese Arbeit wird letztendlich den Steuerfuss ergeben. Wir können etwa 10-15% des Aufwands beeinflussen, der Rest ist gegeben durch die demografischen Verhältnisse, Schulordnung etc.

Der erwähnte Steuerertrag von CHF 700'000, welchen wir in der zweiten Lesung dazugerechnet haben, setzt sich zusammen aus CHF 300'000 von den juristischen Personen und CHF 400'000 von den natürlichen Personen. 2013 hatten wir eine Einwohnerzunahme von

300 Personen. Der budgetierte Steuerertrag wurde gemeinsam mit Thomas Laube, dem Vorsteher des Steueramtes, erarbeitet.

Die Ausfinanzierung APK wurde noch thematisiert. Die APK hat zwei Punkte bestritten, das eine ist die Deckungsgradausfinanzierung von 90% auf 100% laut BVG, das haben wir bezahlt, das sind etwa CHF 4'500'000.

Vor dem Bundesgericht wird über einen Betrag von CHF 7'000'000.00 gestritten, welche die Gemeinde Wohlen für die Wertschwankungsreserve von 15% aufbringen muss. Zusätzlich aufgelaufenen Zinsen seit 2007 (jährlich 5%), ergibt dies einen Betrag von ca. CHF 2'000'000. Von diesen CHF 9'000'000 können wir nur einen Teil weiterverrechnen (Repol, Schulen, Zivilstandsamt etc.).

Wie im Geschäftsbericht 2012 erläutert, wurden keine Rückstellungen gebildet. Im Finanzplan 2012-2016 ist die gesamte Aufstellung ersichtlich, allerdings ohne Zinsen. Rückstellungen können wir erst 2014 bilden, wenn alles auf HRM2 umgestellt sein wird. Wir werden mit dem Gemeindeinspektorat das korrekte Vorgehen diesbezüglich abklären.

Die Spezialfinanzierung Abfall, welche wir immer noch mit 2,3% durch die Steuern querfinanzieren, muss erwähnt sein. Im Vergleich mit anderen Gemeinden sollte man dies zuerst noch abziehen.

Ein weiteres Thema war der Verpflichtungskredit für den Kreisel Anglikerstrasse, welcher der Einwohnerrat im Januar 2009 bewilligt hatte. Dieser ist, da er ungenutzt verblieben ist, nach den gesetzlich vorgegebenen fünf Jahren verfallen.

Wir stellen den Antrag das Budget 2014 und den Steuerfuss von 113% zu genehmigen und sämtliche Anträge der FIKO abzulehnen.

## **Fraktionsmeinungen**

Tanner Peter, SVP: Die SVP-Fraktion lehnt das neue Budget ab, denn der Gemeinderat ist der Problemstellung mit einem alten Trick (höhere Steuereinnahmen) ausgewichen. Anstelle von wirkungsvollen Sparmassnahmen hat er grösstenteils Sparvorschläge erarbeitet, die wenig bringen und auf erbitterten Widerstand stossen werden. Auf einen Rückweisungsantrag verzichten wir nur, weil eine Rückweisung aus zeitlichen Gründen zwangsläufig dazu führen würde, dass der Regierungsrat das Budget festlegen müsste.

Die SVP-Fraktion wird heute im Sinne eines Kompromisses einen Steuerfuss von 109% beantragen. Dies obwohl ein noch tieferer Steuerfuss von 107% möglich wäre, wenn im Einwohnerrat eine bürgerliche Mehrheit vorhanden wäre.

Es ist eine Tatsache, dass die absurde Hochsteuerpolitik des Gemeinderats und der Mittlinks-Mehrheit im Einwohnerrat gescheitert ist. Erstens macht das Volk nicht mehr mit und zweitens fehlen die vom Gemeinderat während Jahren verkündeten und angepeilten Überschüsse von jährlich CHF 3'000'000.00 fast völlig. Im Gegenteil, jetzt kippte. Die Hochsteuerpolitik trägt ihre Früchte, das heisst es drohen Defizite. Aber das ist nichts Neues, das ist immer die Folge von hohen Steuern.

## **Ausgangslage**

Das erste Budget 2014 wurde wie in der Vergangenheit üblich, vollständig und ordentlich dargestellt, dem Einwohnerrat zugestellt und an der Einwohnerratssitzung vom 14. Oktober 2013 im Detail beraten.

Die SVP stellte dabei einige Anträge zur Budgetverbesserung von über CHF 1'000'000.00, welche der Einwohnerrat bis auf einen Antrag abgelehnt hat.

Der Gemeinderat beantragte eine Steuerfusserhöhung auf 116%

- FDP und der innere Ring im Einwohnerrat unterstützten 116%
- CVP wollte 113%, hat aber am Schluss 116% zugestimmt
- SVP beantragte 109%

Bei den Abstimmungen über den Steuerfuss obsiegte derjenige mit einem Steuerfuss von 109% (gegen 113%) und unterlag dann demjenigen von 116%. Somit kam es zur Schlussabstimmung über das Budget mit dem vom Gemeinderat beantragten Steuerfuss von 116%.

Am 24. November 2013 sagte dafür das Volk sehr deutlich, mit 64.6%, Nein. Das Volk lehnt einen Steuerfuss von 116% klar ab. Gleichzeitig steht aber fest, dass das Volk auch mit einem Steuerfuss unter 113% sicherlich einverstanden wäre.

Mit dem Bericht und Antrag 12140 präsentiert der Gemeinderat nun einige Änderungen im Vergleich zum ersten Budget. Dabei wird mit höheren Steuereinnahmen und Einsparungen operiert. Berücksichtigt sind nun auch die am 16. Dezember 2013 bewilligten Stellenerhöhungen. Insgesamt beträgt der Ertragsüberschuss fast CHF 890'000.00 bei einem Steuerertrag von nahezu CHF 36'000'000.00.

Die FIKO stellt Antrag auf Einsparungen über CHF 40'000.00, streicht eine offene Investition über CHF 275'564.00 und stimmt dem neuen Budget mehrheitlich zu.

Für anstehende Grossprojekte sind Steuererhöhungen unumgänglich. Wir sind der Ansicht, dass es besser gewesen wäre, wenn die FIKO auf weitere Ertragsverbesserungen gepocht hätte. Vielleicht hat aber die Zeit zur Bearbeitung gefehlt.

### Ziele der SVP

Die FIKO eruiert bei den natürlichen Personen einen Steuer-Mehrertrag von CHF 980'000.00 gegenüber dem Budget 2013. Es ist weiterhin ein grosses Einsparungspotential möglich, welches auch realisiert werden sollte. Ich verweise auf unsere Anträge an der letzten Budgetsitzung mit kurzer, stichwortartiger Aufzählung.

### **SVP Anträge vom 14. Oktober 2014 und 17. Februar 2014**

Seite / Konto	Text	Betrag Budget bisher CHF	Sparpotenzial Verbesserung CHF
Seite 64 1402.3010.00	Betreibungsamt Nettoertrag auf CHF 301'100.00 (=Rg. 2012) statt CHF 101'000.00	101'100.00	200'000.00
Seite 72 2190.30.01	Löhne Schulverwaltung Stelle streichen	196'000.00	196'000.00
Seite 73 2191.3130.02 2191.3132.0	Nutzung Glasfasernetz, externer Support Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten, limitiert auf CHF 60'000.00	107'400.00	57'400.00
Seite 93	Erträge aus Beteiligungen IB Wohlen	960'000.00	240'000.00

9601.4451.00	AG, ER-Auftrag CHF 1'200'000.00		
Seite 97 3010	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonal (statt 1%, keine Lohnerhöhung)	11'311'500.00	100'000.00
Seite 97 3132	Honorare externe Berater, Gutachter limitieren auf CHF 400'000.00	647'500.00	247'000.00
	Total Verbesserung		1'040'400.00

### Zusätzliche SVP Anträge vom 14. Oktober 2013

Seite – Konto – Text	Sparpotenzial	Überwiesen	Budget 2 Gemeinderat	Budget 2 FIKO
61 – 0290.3144.11 Aushängeschrank	10'000			10000
3103 Zeitschriften	40'000			
61 – 0223 Informatik	114'000			
61 – 0291.3144 Bleichi	8'000			
77 3211-3010.00 Löhne Bibliothek	23'000			
78 – 3290.3170.03 Neujahrsapéro	7'000			
78 – 3291.3144.11 Casino-Fassade	80'000	80'000		
80 – 3420.3636.01 Ludothek zu hoch	10'000			
83 – 5440.3636.01 VJF	45'000		15'000	30'000
90 – 7900.3132.01 Energietabel- ganz ann.	13'000			
Total	350'000	80'000	15'000	40'000

Insgesamt bestehen Einsparmöglichkeiten im Betrag von rund CHF 1'400'000.00.

Nach wie vor hält der Gemeinderat an einer Lohnerhöhung für das Personal und auch für sich selbst fest. Statt 1.5% schlägt der Gemeinderat nun 1% vor. Das ist absolut inakzeptabel. Auch der Kanton Aargau hat im Budget 2014 keine Lohnerhöhungen vorgesehen.

Bei einem bürgerlichen Gemeinderat (2 CVP, 1 FDP und dem parteilosen Ammann) mit Steuererhöhungen zu planen, ist unbefriedigend. Auf Seite 4 des Bericht und Antrages 12140 spricht der Gemeinderat selber Massnahmen an, wie Steuererhöhungen umgangen werden könnten. Die dabei angesprochene Verzichtplanung ist schon in diesem Budget vorzusehen.

Es ist offenbar selbstverständlich, dass man lieber der eigenen Bevölkerung tiefer in die Geldbörse greift. Das ist eine Form der Masslosigkeit und gehört korrigiert. Der Gemeinderat hat kein Recht, sich finanziell so am Einwohner zu vergehen. Auch der Einwohnerrat steht in der Pflicht, der eigenen Bevölkerung das Leben zu erleichtern.

Damit stellen wir Antrag, den Steuerfuss als Kompromiss auf 109% statt 113% anzusetzen. Bei entsprechendem Signal, zum Beispiel von der CVP, könnten wir einen weiteren Kompromiss vorsehen und vielleicht auch zu einer kleineren Steuerfussreduktion Hand bieten. Statt 4% tiefer, nur 2% bis 3% tiefer, da die Volksabstimmung erst am 23. März 2014 stattfinden wird und dann bereits drei Monate des Jahres vergangen sein werden.

Die Gemeinde Wohlen würde bei einer Steuerfussreduktion, auch wenn diese massvoll ausfallen würde, mit 2% bis 4%, der Bevölkerung ein positives Signal senden. Dies wäre sehr wichtig und daher dringend zu empfehlen. Auch der Kanton Aargau hat in den letzten 15 Jahren mehrmals Steueransätze reduziert (für natürliche und für juristische Personen) und ist mit dieser Strategie gut gefahren.

Wir bitten die anderen Fraktionen unsere Arbeit zu unterstützen und unseren Antrag zu unterstützen.

Meier Cyrille, SP: Innert kürzester Zeit müssen wir hier nun wieder über das Budget 2014 befinden. Das Stimmvolk hat das Budget mit einem Steuerfuss von 116% zurückgewiesen und unser Gemeinderat hat nun ein neues Budget, mit dem alten Steuerfuss von 113%, ausgearbeitet. Bis auf einen Punkt, den Beitrag VJF, stimmen wir dem neuen Budget zu. Zu diesem einen Punkt werden wir später in der Detailberatung einen Antrag stellen.

Alle Anträge der FIKO werden wir mehrheitlich ablehnen. Es ist wieder einmal ersichtlich, dass unsere Gemeinde ein Einnahmenproblem und viel zu viele gebundene Ausgaben hat, die uns vom Kanton in den letzten Jahren diktiert worden sind. Für die weitere Zukunft müssen wir uns bewusst sein, dass wir die anstehenden Investitionen, die für die Aufrechterhaltung der Qualität und Leistungen der Gemeinde nötig sind, mit dem aktuellen Steuerfuss nicht werden tätigen können. Alle Parteien hier im Einwohnerrat müssen sich bewusst sein, dass Wohlen nicht alle Investitionen weiter in die Zukunft verschieben kann, wie das in den letzten Jahren gemacht wurde. Verschieben ist nicht gleich Sparen.

Wille Franz, CVP: Die CVP-Fraktion dankt allen Beteiligten, dem Gemeinderat, der Verwaltung und der FIKO für das Resultat der zusätzlichen Runde beim Budget 2014. Wir hoffen, dass heute ein guter Abschluss des Geschäftes gefunden wird.

### **Feststellung 1:**

Der Steuerfuss von 113% ist politisch richtig und in diesem Jahr verkraftbar.

Der Steuerfuss von 113%, beantragt von FIKO und CVP, wäre schon im Oktober 2013 die politisch akzeptierbare und korrekte Lösung gewesen, ohne Abstimmungspanne und taktische Spielchen. Die Budgetabstimmung ist allein wegen des erhöhten Steuerfusses gescheitert. Wir anerkennen, dass der Gemeinderat auf 113% eingeschwenkt ist, auch wenn er verständlicherweise gerne einen höheren Steuerfuss festgelegt hätte. 113% sind auch aus heutiger Sicht richtig.

Die CVP bleibt unverändert bei ihrer Meinung, die sie schon mehrfach bekanntgegeben hat. Wir sind bereit, im Zusammenhang mit geplanten Grossprojekten den Steuerfuss entsprechend anzupassen, wenn eines dieser Projekte realisiert wird und dadurch ein Mehrwert für die Bevölkerung sichtbar wird. Wir wollen investieren, nicht resignieren.

### **Feststellung 2:**

Die Korrekturen des Gemeinderates auf der Einnahmenseite sind richtig.

Es ist korrekt, aufgrund der neusten verfügbaren Zahlen das Budget im zweiten Umgang zu korrigieren. Umso besser, wenn die Korrektur auf die positive Seite fällt.

### **Feststellung 3:**

Was an weiteren Einsparungen vorgeschlagen wird, muss man aber hinterfragen.

Der Gemeinderat hat vorgängig alle Abteilungen und die Schulpflege aufgefordert, Kürzungen vorzuschlagen, um die zusätzlich beschlossenen Stellen zu kompensieren. Dies ist leider nur zu 60% gelungen.

Es stört uns, dass Einsparungen nur bei den folgenden Dienststellen gefunden wurden:

- in der Dienststelle 1 – Öffentliche Ordnung + Sicherheit, Verteidigung, beim Feuerwehrgebäude
- In der Dienststelle 2 – Bildung, bei Exkursionen, Schulreisen, Lager, Jugendfest – es trifft somit die Kinder
- In der Dienststelle 4 – Gesundheit, beim Spitexbeitrag – warum wurde bislang nicht informiert?
- In der Dienststelle 5 – Soziale Sicherheit, beim VJF

Die Dienststelle 0 – Allgemeine Verwaltung, die Dienststelle 3 – Kultur, Sport und Freizeit, die Dienststelle 6 – Verkehr, die Dienststelle 7 – Umwelt und Raumordnung und die Dienststelle 8 – Volkswirtschaft haben keinen Franken zu einem besseren Resultat beigetragen. Für mich sieht es so aus, dass jene, die den gemeinderätlichen Auftrag wirklich ernst genommen haben, vor allem die Schule, jetzt die Betroffenen sind, alle Anderen sind fein raus.

### **Gesamtbeurteilung**

Nach intensiven Diskussionen in der Fraktion fasse ich die Meinung der CVP wie folgt zusammen:

1. Die CVP stimmt grundsätzlich und einstimmig einem Budget zu, das auf dem bisherigen Steuerfuss von 113% beruht.
2. Die CVP findet, dass der Gemeinderat im Grossen und Ganzen richtige Massnahmen getroffen und Verbesserungen vorgeschlagen hat.
3. Die CVP beurteilt die Vorschläge der FIKO unterschiedlich. Wir unterstützen den Antrag betreffend Anglikerstrasse bei der Investitionsrechnung. Bei den übrigen zwei Anträgen bleiben wir mehrheitlich auf der Linie des Gemeinderates. Wir wollen den Beitrag an den VJF nicht noch weiter reduzieren. Beim Aushängeschrank ist der Sparvorschlag der FIKO eher marginal und halbherzig. Entweder ersetzen wir den Schrank jetzt wie vorgeschlagen oder wir verschieben es ganz.
4. Für die CVP-Fraktion hat im Oktober 2013 eine umfassende und gründliche Detailberatung des Budgets stattgefunden. Mit einer Ausnahme sind sämtliche Anträge mit klaren Mehrheiten angenommen oder abgelehnt worden. Wir sollten diese Beratung heute nicht wiederholen müssen.
5. Die CVP appelliert an die anderen Fraktionen, beim Steuerfuss keine unrealistischen Anträge zu stellen und der Kompromisslösung von 113% zuzustimmen. Ein höherer

Steuerfuss kommt aus politischen Gründen und aus Respekt vor dem Volksentscheid nicht in Frage. Ein noch tieferer Steuerfuss ist finanzpolitisch falsch und führt automatisch zu einer höheren Verschuldung. Steuern senken und dafür Schulden machen kann nicht das Ziel einer verantwortungsvollen Politik sein.

6. Und zu guter Letzt ersuchen wir den Einwohnerrat auf taktische Spielchen bei den Abstimmungen zu verzichten.

Sax Simon, GLP: Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung der 2. Vorlage zum Budget 2014 sowie für den Bericht und Antrag der FIKO.

Im letzten Herbst haben wir uns für einen Steuerfuss von 116% ausgesprochen. Unsere zwei wichtigsten Argumente waren damals, dass die Abfallbewirtschaftung über die Steuerkasse finanziert wird, sowie die ungenügende Selbstfinanzierung. Dies nicht zwingend in Prozent der geplanten Investitionen, sondern als feste Betragsgrösse. Die gleichen Argumente gelten auch noch heute.

Das Stimmvolk hat aber inzwischen kundgetan, dass es für das Jahr 2014 einen Steuerfuss von 116% nicht akzeptiert. Die Verwaltung hat uns nun eine überarbeitete zweite Vorlage unterbreitet. Neben den Kosten für die von uns neu bewilligten Stellen, ist insbesondere der neu budgetierte Steuerertrag offensichtlich. Wir sind der Meinung, dass diese Neubeurteilung auch aufgrund der steigenden Einwohnerzahlen vertretbar ist. In Summe weist die zweite Vorlage ein um rund CHF 230'000.00 schlechteres Ergebnis aus als die Volksvorlage mit einem Steuerfuss von 116%. Im Sinne einer pragmatischen Lösung und als Kompromiss werden wir das Budget mit einem Steuerfuss von 113% gutheissen.

Noch ein Wort zu den Anträgen der Finanzkommission:

- Die Abteilung Planung, Bau und Umwelt hat sich mit dem Ersatz des Aushängeschanks beschäftigt und entsprechende Offerten eingeholt. Wir sind der Meinung, dass ein solcher Aushängeschrank eine Visitenkarte der Gemeinde ist und entsprechend richtig und fachmännisch ersetzt werden sollte. Entweder ganz oder gar nicht. Wir werden den Antrag der FIKO entsprechend nicht unterstützen.
- Zum Antrag betreffend Kürzung des Beitrags für den Verein Jugend und Freizeit (VJF). Mit dem VJF wurde im Herbst 2013 vom Gemeinderat bereits ein neuer Leistungsvertrag ausgehandelt und unterzeichnet. Auch wenn wir uns eine offene Information dazu gewünscht hätten und wir das Anliegen der FIKO vom Grundsatz her teilen, erachten wir eine, über den Kürzungsantrag vom Gemeinderat hinausgehende, Reduktion als nicht in Ordnung. Wir werden auch diesen Antrag ablehnen.

Geissmann Thomas, FDP/Dorfteil Anglikon: Das Volk hat gesprochen und das Budget 2014 mit einem Steuerfuss von 116% deutlich abgelehnt. Unsere Fraktion akzeptiert das Verdikt, der Stimmbürger ist offenbar nicht bereit, mehr Steuern zu bezahlen. Es ist aber die Aufgabe des Einwohnerrates eine ausgeglichene Rechnung zu präsentieren. Demzufolge müssen Kosten eingespart werden. Wir werden Einschnitte vornehmen müssen, die schmerzhaft sind. Wir anerkennen die Bemühungen des Gemeinderates, ein revidiertes Budget mit tieferen Ausgaben vorzulegen. Wir werden die Anträge der FIKO vollumfänglich unterstützen und vier weitere Kürzungsanträge stellen.

Es ist der Zeitpunkt gekommen, Farbe zu bekennen. Es geht nicht, dass wir, bei gleichem Steuerfuss, ständig höhere Ausgaben beschliessen. Uns stehen höhere Investitionen bevor und wir haben eine Verpflichtung gegenüber den künftigen Generationen. Wenn wir Defi-



zite budgetieren, werden das unsere Kinder mit höheren Schulden und höheren Steuern bezahlen müssen. Das ist unfair und nicht richtig.

Aus diesem Grund appelliere ich zweimal an die Vernunft. Wir hätten, wie die SVP, auch gerne einen tieferen Steuerfuss. Bei der gegenwärtigen Finanzlage Wohlens ist das aber schlicht Wunschdenken. Damit kann man allenfalls Stimmen beim Volk machen, umsetzbar und verantwortungsvoll ist diese Forderung aber nicht. Der zweite Appell geht nach Mitte-Links. Das Volk will keine höheren Steuern. Also hören wir auf damit, weitere Ausgaben zu beschliessen. Es ist einfach, immer mehr Dinge machen zu wollen und dafür immer mehr Geld auszugeben. Es freuen sich alle, die davon profitieren. Konsequenterweise müssten dann aber die Steuern angehoben werden und das wiederum will der Steuerzahler nicht. Das sollte spätestens nach der letzten Abstimmungen allen Beteiligten klar sein.

Unsere Fraktion wird dem Steuerfuss von 113% und den vom Gemeinderat vorgeschlagenen Änderungen zustimmen. Wir unterstützen die Anträge der FIKO und werden innerhalb der Detailberatungen eigene Sparvorschläge einbringen.

Küng Magdalena, Grüne: Die Fraktion der Grünen nimmt den Antrag des Gemeinderates zum Budget 2014 an. Es gilt klar, den Volksentscheid zu einem Steuerfuss von 113% umzusetzen. Wir bedauern aber sehr, dass die dadurch notwendigen Einsparungen, ausgerechnet die Bereiche Bildung und Jugendförderung treffen. Dies ist mit keiner zukunftsorientierten Politik zu verbinden. Die Anträge der FIKO unterstützen wir nicht.

Auch möchte ich gerne meine ganz persönliche Meinung zum Thema kundtun. Als junge Wohlerin mache ich mir ernsthafte Sorgen über die Weiterentwicklung unserer Gemeinde, wenn man nicht gewillt ist, für diese Weiterentwicklung auch etwas zu investieren.

## Detailberatung

### Seite 61, Konto 0290.3144.11 Unterhalt Hochbauten, allgemein Gemeindehaus

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Wir stellen den Antrag, dass der Betrag für den neuen Aushängeschrank von CHF 15'000.00 auf CHF 5'000.00 zu kürzen ist. Der Aushängeschrank genügt seinen Aufgaben weiterhin, so wie er dort steht. Aber für eine sanfte Instandsetzung erachtet die Finanzkommission einen Betrag von CHF 5'000.00 als ausreichend. In Zukunft soll auch darauf geachtet werden, dass eine attraktive und saubere Bewirtschaftung des Aushängeschanks durch die Gemeindeverwaltung sichergestellt ist. Die FIKO beantragt, den Antrag zu genehmigen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Wir bitten Sie den Antrag abzulehnen. Ich habe an der letzten Sitzung begründet, weshalb wir den Aushängeschrank ersetzen möchten, das werde ich jetzt nicht wiederholen. Auf einen Punkt möchte ich eingehen, ich verwahre mich gegen die Aussage, dass das Gemeindepersonal den Schrank nicht anständig bewirtschaften würde. Der Schrank wird regelmässig gepflegt, leider ist er aber in einem Zustand, der sich nicht mehr verschönern lässt.

Lanz Christian, SVP: Ich muss Urs Kuhn widersprechen. Es ist nicht so, dass das Gemeindepersonal den Schrank pflegt. Die Dokumente werden in der Mitte oben und unten je mit einem Magneten befestigt, deshalb rollen sie sich zusammen und sind unlesbar. Der Schrank benötigt eine Beleuchtung und Pflege, dann braucht es keinen Ersatz.

Tanner Peter, SVP: Wir unterstützen den Antrag der FIKO.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Betrag für die Erneuerung des Aushängeschrank ist von CHF 15'000.00 um CHF 10'000.00 auf CHF 5'000.00 zu kürzen.*

wird mit 19 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

#### Seite 59, Konto 0111.3102.00 Drucksachen, Publikationen

Severa Jan L., FDP: Wir wollen dieses Konto um CHF 5'000.00 kürzen. Insbesondere die Protokolle könnten in Zukunft digital zugestellt werden, damit wir nicht mehr 40 bis 50 Seiten in Papierform erhalten. Das hätte auch den positiven ökologischen Aspekt, dass wir viel weniger Papier verbrauchen würden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Sie müssen wissen, dass wir hier über ein Budget in der Höhe von CHF 78'000'000.00 sprechen. Die wesentlichen Punkte sind geklärt, der Antrag von Jan L. Severa ist gut gemeint, aber es ist eigentlich nicht geplant, dass wir alle Unterlagen elektronisch zustellen. Wir sind Entscheidungsträger und müssen die Unterlagen zuhause studieren können.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Auf den ersten Blick könnte der Antrag der FDP Fraktion noch sympathisch erscheinen. In Aarau schlägt der Regierungsrat auch vor, dass man die Papiere nur noch in elektronischer Form zustellen soll. Wenn man den Systemwechsel will, da teile ich die Auffassung des Gemeindeammanns, muss man sich das ganze Gefüge überlegen. Wer bekommt was zugestellt? Wenn man den Antrag stellen will, dann würde ich ihn über das ganze Budget stellen. Dieses Konto kommt überall wieder vor, der Einwohnerrat verursacht wahrscheinlich noch am wenigsten Druck- und Portokosten. Wenn ich an die Schule, die Feuerwehr oder die Polizei denke, dann ist das Sparpotential dort vermutlich noch viel grösser. Ich persönlich lehne den Antrag ab, er überzeugt nicht, weil er irgendwo im Detail ansetzt und nicht über das Ganze generell gedacht ist. Das Sparpotential würde dann höchstwahrscheinlich ein Vielfaches ausmachen.

Geissmann Thomas, FDP: Ich bin jetzt doch einigermaßen erstaunt. Ich dachte, mindestens von der SVP müssten wir jetzt Unterstützung erfahren. Natürlich ist mir auch bewusst, dass CHF 5'000.00 nicht viel sind. Aber es könnte ein Anfang sein. Das heisst nicht, dass man die Idee nicht erweitern kann. Das ist eine Massnahme, die niemandem weh tut. Es ist einfach auf die Webseite der Gemeinde zu gehen und sich dort zu informieren. Das ist auch schneller, als die Suche in den ausgedruckten Unterlagen. Wie gesagt, es wirkt sich finanziell positiv aus und ist auch ökologisch wertvoll. Ich bitte den Rat hier zuzustimmen.

Stäger Urs, SVP: An der letzten GPK-Sitzung haben fünf von sieben Mitgliedern den Wunsch geäussert, die Unterlagen künftig nur noch in elektronischer Form zu erhalten. Es spart neben dem Papier auch noch Umschläge und Portokosten. In diesem Sinne würde ich den Antrag unterstützen.

Burkard Thomas, Grüne: Ich bin noch ein wenig hin- und hergerissen, wie man hier entscheiden soll. Der Betrag von CHF 5'000.00 ist sehr klein, es ist eine Scheineinsparung. Thomas Geissmann hat gesagt, man könne die Informationen elektronisch schneller finden. Ich arbeite sehr viel elektronisch aber auf der Gemeindeseite finde ich nicht alle Informationen, die ich gerne hätte. Wenn man beispielsweise ein zehn Jahre altes Protokoll sucht, kann es durchaus sein, dass man es nicht findet. Da müsste man klar einen Systemwechsel vornehmen, da stimme ich Jean-Pierre Gallati zu und die Kanzlei müsste auch auf Elektronik und Webseite umstellen.

Geissmann Thomas, FDP: Das Problem ist, dass die Protokolle teilweise eingescannt wurden und dadurch die Suchfunktion nicht anwendbar ist. Nur weiss heute jedermann, dass man aus einem Worddokument ein PDF machen kann, dann geht auch die Suchfunktion wieder.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*das Konto 0111.3102.00 Drucksachen, Publikationen sei um CHF 5000.00 auf CHF 2'000.00 zu kürzen.*

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen angenommen.

## **Seite 64 Konto 1402.4210.00 Gebühren für Amtsstellen**

Tanner Peter, SVP: In der Rechnung 2012 hatten wir einen Nettoertrag von CHF 295'813.80. Im Budget 2014, nach einem Stellenausbau, haben wir nur noch einen Nettoertrag von CHF 101'100.00. Wir möchten, dass höher budgetiert wird, eine Erhöhung von CHF 200'000.00, plus die bereits budgetierten CHF 101'100.00. Das ergäbe einen neuen Nettoerlös von CHF 301'100.00. Es darf eigentlich nicht sein, dass wir einer Personalaufstockung zustimmen und daraus eine hohe Ertragsverminderung entsteht. Angesichts unserer knappen Finanzen sind CHF 200'000.00 mehr oder weniger in der Kasse bedeutsam.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Antrag um Stellenerhöhung im Betriebsamt wurde sehr ausführlich begründet. Es ist ein Geschäft, das einfach zu beurteilen ist, da es Kennzahlen gibt, wie viele Betreibungen eine Person bearbeitet. Da die Zahl der Betreibungen zugenommen hat, mussten wir das Personal aufstocken.

Im Jahr 2012 waren wir über dem Budget, das wird auch 2013 der Fall sein. Es ist ein kaufmännisches Prinzip, dass man Erträge eher vorsichtig budgetiert. Die SVP hat im Zusammenhang mit den Steuern von einem Trick gesprochen, aber es ist keiner, sondern eine Einschätzung nach bestem Wissen und Gewissen und das ist auch hier der Fall. Wir bitten Sie, dem Antrag nicht stattzugeben und so vorsichtig zu budgetieren, wie es die Privatwirtschaft tut.

Lütolf Harry, CVP: Ich bin noch auf der Suche nach dem Sinn des Antrags. Ist es die Meinung der SVP, dass man das Betriebsamt in die Pflicht nehmen kann, die zusätzlichen Erträge zu erzielen? Und wenn es diese dann nicht erzielt, kann man es dann zur Rechenschaft ziehen? Wenn man wirklich höhere Erträge erzielen kann, auch ohne den SVP Antrag, dann freuen wir uns darüber. Aber ich denke, dass es nicht nötig ist, den Antrag zu stellen, wenn man das Betriebsamt nicht verpflichten kann.

Geissmann Thomas, FDP: Will die SVP den Ertrag oder den Aufwand verändern?

Tanner Peter, SVP: Man kann niemanden darauf behaften. Aber es darf doch nicht sein, dass wir einen schönen Ertrag von fast CHF 300'000.00 haben, dann wird eine Stellenerhöhung beschlossen und der Ertrag sinkt um CHF 200'000.00. Hätten wir das vorher gewusst, dann hätten wir der Stellenerhöhung kaum zugestimmt. Wir sind damals davon ausgegangen, dass es mehr Ertrag geben würde, weil das Betriebsamt nach Aufwand und vorliegenden Aufträgen arbeitet. Wenn es keine Aufträge hat, ist es überdotiert im Personalbestand. 2013 haben wir an der letzten Einwohnerratssitzung, anlässlich der Budget-

diskussion, beantragt eine Stelle zu streichen. Statt dessen wurde das Gegenteil gemacht und eine Stelle bewilligt. Damit müsste aber mindestens der Ertrag der Rechnung 2012 erreicht werden. Im Prinzip ist der Nutzen der Stelle noch nicht berücksichtigt. Natürlich ist das jetzt theoretisch, aber wir sollten davon ausgehen können, dass nach einem Stellenausbau wenigstens der entsprechende Gegenwert in die Kasse fliesst, sonst wäre die Stelle nicht nötig gewesen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das ist jetzt die zweite Sitzung in der neuen Amtsperiode. Sie haben zum Thema Betreibungsamt ausführliche Berichte und Anträge erhalten und darüber befunden. Es war immer eine kleine Minderheit, die sich gegen die Anträge stellte. Der Betreibungsbeamte kann nicht mehr Rechnungen schreiben, als Betreibungen anstehen. Wir haben gesehen, dass es mehr Fälle gibt, die bearbeitet werden müssen. Wenn man die Qualität aufrechterhalten will, braucht es auch mehr Personal. Ich bitte Sie den Antrag abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich bin derselben Meinung wie der Gemeindeammann. Wir müssen hier nicht lange diskutieren, wir können abstimmen. Es ist eine Glaubensfrage, ob es mehr Erträge geben muss, weil eine Person mehr dort arbeitet. Hinter dem Antrag steht die Annahme, dass man hier einen Überschuss budgetiert. Wenn man eine Stelle mehr einrichtet, übrigens auch noch für andere Gemeinden und dann der Überschuss massiv absinkt, muss das jedem zu denken geben. Es ist absurd, eine zentralörtliche Leistung zu erbringen, wenn dadurch der Ertrag abnimmt. Dies auch im Hinblick auf weitere Stellenerhöhungen, die man konsequenterweise ablehnen müsste. Wenn man sich die Rechnung anschaut, gäbe es auch Spielraum bezüglich Senkung des Steuerfusses, wenn man CHF 200'000.00 mehr in der Kasse hätte.

Wille Franz, CVP: Wie lautet jetzt der konkrete Antrag? Man kann nur die Ausgaben oder die Einnahmen verändern.

Tanner Peter, SVP: Die Einnahmen müssen von CHF 1'000'000.00 auf CHF 1'200'000.00 steigen. Die Rechnung ist von 2012, das Jahr 2013 ist vorbei und in diesen zwölf Monaten ist der Ertrag geschmolzen. Weiter haben wir höhere Ausgaben.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Der Nettoertrag für das Konto 1402.4210.00 Gebühren für Amtsstellen sei um CHF 200'000.00 zu erhöhen.*

wird mit 11 Ja-Stimmen zu 23 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

## **Seite 72, Konto 2190.3010.01 Löhne Schulverwaltung**

Tanner Peter, SVP: Sie wissen, wir haben seit einiger Zeit verschiedene Schulsekretariate. Wir sehen es als überflüssig an, die Schulverwaltung beizubehalten, weil es der Gemeinde keinen Mehrwert bringt. Es ist mit CHF 196'000.00 auch ein stolzer Betrag, den wir dafür ausgeben. Wir möchten, dass dieser Betrag gestrichen wird. Wir haben den Antrag bereits 2012 und 2013 gestellt.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Dieses Thema haben wir bereits letztes Mal diskutiert und ich habe dem nichts hinzuzufügen.

## Abstimmung

Der Antrag

*das Konto 2190.3010.01 Löhne Schulverwaltung sei zu streichen.*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

## Seite 73, Konto 2191.3130.02 Nutzung Glasfasernetz, externer Support und Konto 2191.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten

Tanner Peter, SVP: Es ist deutlich zu sehen, wer das Budget hier verbessern will und wer nicht. Wir haben das letzte Mal beantragt, dass wir dieses Konto komplett streichen sollten. Wir haben die Aussagen von Paul Huwiler ernst genommen und beantragen nun nicht die Streichung, aber eine Limitierung des Betrags.

## Abstimmung

Der Antrag

*das Konto 2191.3130.02 Nutzung Glasfasernetz, externer Support und Konto 2191.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten sei von CHF 107'400.00 auf CHF 60'000.00 zu reduzieren.*

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 26 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.  
(2 Einwohnerräte sind nicht im Saal)

## Seite 77, Konto 3220.3636.02

Geissmann Thomas, FDP: Wir kommen zu einem Punkt, mit dem wir uns keine Freunde schaffen können. Wir finden aber, dass es im Einwohnerrat unsere Aufgabe ist, uns für ein ausgeglichenes Budget einzusetzen. Wir stellen den Antrag, den Beitrag an den Musikverein Wohlen um CHF 15'000.00 zu kürzen. Wir sind der Meinung, dass die neuen Uniformen nicht durch die Gemeinde bezahlt werden müssen. In unserer gegenwärtigen finanziellen Lage, können wir solche Ausgaben nicht mehr tätigen. Wir bitten Sie unserem Antrag zu folgen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Bitte lehnen Sie den Antrag ab. Die Ortsbürgergemeinde hat beschlossen die Hälfte von CHF 30'000.00, also CHF 15'000.00 an die Uniformen zu bezahlen und die Einwohnergemeinde sollte die andere Hälfte übernehmen. Der Musikverein feiert ein grosses Jubiläum. Wenn wir weiterhin einen Musikverein haben wollen, ist die Hilfe der Einwohnergemeinde sicher auch gefragt um die Neuuniformierung zu finanzieren. Die CHF 15'000.00 sind ein Bruchteil der Kosten dafür.

## Abstimmung

Der Antrag

*Der Beitrag an den Musikverein Wohlen sei um CHF 15'000.00 zu kürzen (Konto 3220.3636.02).*

wird mit 12 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.  
(1 Einwohnerrat ist nicht im Saal)

### Seite 83, Konto 5440.3636.01 Beitrag an Verein für Jugend und Freizeit Wohlen

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Mit dem Verein für Jugend und Freizeit besteht eine Leistungsvereinbarung, welche jedoch keine Preisanpassung durch Teuerung beinhaltet. Wir sind der Meinung, dass eine neue Leistungsvereinbarung ausgehandelt werden soll, aus welcher klar ersichtlich ist, welche Leistungen die Gemeinde Wohlen erhält und was diese kosten. Die neue Leistungsvereinbarung kann im laufenden Jahr in einem neuen Bericht und Antrag dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

Die FIKO ist nicht gegen höhere Beiträge, sondern es geht darum, dass man in der ersten Lesung im Einwohnerrat einem Teuerungsausgleich von CHF 45'000.00 zugestimmt hat, nun aber eine Kürzung von CHF 15'000.00 vorgenommen wird, mit der Begründung, dass Leistungen gekürzt werden sollen. Damit sind wir nicht einverstanden. Wenn eine Neuverhandlung stattfindet, dann soll diese dem Einwohnerrat vorgelegt werden.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Es ist vom Sprecher der FIKO bereits gesagt worden, dass seit 1990 ein gleichbleibender Betrag von CHF 180'000.00 jährlich für die Jugendarbeit ausgegeben wird. Wir hatten 1993 eine Volksabstimmung, die den Betrag bestätigt hat. Im Jahr 2005 wurde eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen, für welche wir von den verschiedenen Parteien gelobt worden sind, unter anderem auch von der FDP.

Im Jahr 2010 trat der VJF mit dem Anliegen an den Gemeinderat, dass die Leistungsvereinbarung neu ausgehandelt werden müsse. Die Auftragserteilung zur Ausarbeitung einer neuen Leistungsvereinbarung erfolgte im Jahr 2012. Im September wurde diese dann vom Gemeinderat unterschrieben, selbstverständlich unter dem Vorbehalt der Bewilligung des Budgets. Die Leistungen sind in etwa dieselben wie früher, jedoch zu einem angepassten Preis.

Die Leistungsvereinbarung wird über eine Zeitspanne von zwei bis drei Jahre bestehen und anschliessend erfolgt eine erneute Prüfung und gegebenenfalls eine Anpassung. Wir sind der Meinung, dass der Einwohnerrat zur neuen Leistungsvereinbarung Ja sagen sollte, wie anno dazumal im Jahr 2005. Der Gemeinderat hat die Aufgabe, die Leistungsvereinbarung weiterzuentwickeln, deshalb wurde sie letztes Jahr auch angepasst.

Im Jahr 1990 wies die Gemeinde Wohlen deutlich weniger Einwohnerinnen und Einwohner aus. Mit der ständig wachsenden Bevölkerung steigen auch die Kosten entsprechend an.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wenn das ganze Budget mit solchen Vergleichen erstellt wurde, geht das gar nicht. Bedeutet der Abschluss einer Leistungsvereinbarung, dass es keinen Verpflichtungskredit mehr braucht? Sicher nicht. Es gab eine Volksabstimmung, bei welcher ein Betrag für diesen Zweck festgelegt wurde. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde die Leistungsvereinbarung erstellt, der Betrag hingegen wurde nicht angepasst.

Der Gemeinderat begründet nun mit der Teuerung den um CHF 45'000.00 erhöhten Betrag. Das ist aus meiner Sicht nicht korrekt, denn es hätte damals schon einen Verpflichtungskredit gebraucht, weil es jedes darauf folgende Jahr betrifft und nicht nur ein Jahr. Aus diesem Grund möchte ich der FIKO dafür danken, dass sie auf diesen Punkt aufmerksam gemacht hat. Wir können gar nicht, im Rahmen der Budgetdebatte, einen jährlich wiederkehrenden Betrag beschliessen, weil wir dafür einen Verpflichtungskredit bräuch-



ten. Wenn es hier Finanzspezialisten hat, welche anderer Meinung sind und es begründen können, möchte ich diese auffordern, uns zu erklären, wieso es gehen sollte. Von mir aus gesehen geht das absolut nicht und ich möchte dazu auffordern, den Antrag der FIKO zu unterstützen.

Wenn der Gemeinderat mehr Geld für diesen Zweck möchte, sei es wegen der Teuerung oder weil es, wie Gemeinderat Paul Huwiler erklärte, wegen der höheren Bevölkerungszahl mehr Leistungen braucht, dann soll er einen Verpflichtungskredit in einem Bericht und Antrag beantragen. Dann können wir das hier diskutieren und beschliessen und anschliessen allenfalls auch ein Referendum dagegen ergreifen.

Lütolf Harry, CVP: Wir haben das innerhalb der Fraktion kontrovers diskutiert. Meine persönliche Meinung ist, dass die FIKO eine richtige Überlegung angestellt hat. Mir ist diese in der ersten Lesung entgangen und ich danke der FIKO dafür, dass sie der Angelegenheit vertieft nachgegangen ist. Auf das Ganze wurden wir aufmerksam, weil der VJF noch einmal über die Bücher gegangen ist und eine neue Offerte unterbreitet hat, sonst wäre das heute gar kein Thema. Eigentlich ist der VJF der Geprellte in dieser Diskussion, weil er jetzt dafür bestraft wird.

Die Arbeit des VJF ist wertvoll und darf schlussendlich auch so viel kosten, wie der Gemeinderat beantragt hat. Es geht aber heute um das Finanzrecht, wie Jean-Pierre Gallati schon angemerkt hat und ob wir dieses in der Gemeinde korrekt anwenden. Die Frage ist, ob wir im Rahmen eines Budgetierungsprozesses, die Erhöhung vornehmen dürfen oder nicht. Ich bin der Meinung, dass wir das nicht dürfen. Ich erinnere mich noch vage an die Abstimmung von 1990. Ich kenne den genauen Text nicht mehr, aber es gab keine Indexierung. In der Leistungsvereinbarung von 2005 war auch keine enthalten. Jetzt wurde eine neue Vereinbarung erstellt, unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch den Einwohnerrat. Eigentlich will man damit über mehrere Jahre Verpflichtungen eingehen, deshalb braucht es einen Verpflichtungskredit. Für diesen ist der Einwohnerrat zuständig. Es ist ein Bericht und Antrag an den Einwohnerrat zu stellen, mit allen Abmachungen zwischen Gemeinde und VJF. Wenn mich dieser überzeugt, werde ich auch gerne zustimmen. Im Rahmen des Budgetprozesses können wir aber heute nicht darüber befinden.

Huwiler Paul, Gemeinderat: In die juristische Diskussion möchte ich mich nicht einschalten. Sie haben es gehört, der VJF ist jetzt der Geprellte, gerade weil er seine Arbeit seriös gemacht und geschaut hat, ob es Einsparpotential gibt.

Weibel Christoph, Gemeindeschreiber: Die Jurisprudenz ist bekanntlich keine exakte Wissenschaft, weshalb es auch immer wieder Diskussionen gibt und das macht diese Disziplin auch so interessant. Der Gemeinderat vertritt klar die Meinung, dass es ursprünglich den Entscheid des Souveräns gab und auf dieser Basis hat man die entsprechende Leistungsvereinbarung ausgearbeitet. Es handelt sich hier nicht um eine jährlich wiederkehrende Ausgabe, sondern um eine, die vom Souverän schon einmal beschlossen wurde. Dementsprechend sind wir auch der Meinung, dass es keine erhebliche Änderung eines bestehenden Vertrages ist, die es rechtfertigen würde, eine, mit Dritten geschlossene, Leistungsvereinbarung, im Parlament zu verhandeln. Wenn wir im Plenum so eine Vereinbarung diskutieren, muss man sich auch vor Augen halten, dass es immer ein zweiseitiges Rechtsgeschäft ist. Ein Vertrag, im vorliegenden Fall eine Leistungsvereinbarung, ist Ausdruck einer gegenseitig übereinstimmenden Willensäusserung und er kommt nicht einseitig dadurch zustande, dass das Parlament etwas sagt. Das Parlament kann sagen, was der Inhalt sein sollte und der Gemeinderat muss das aufnehmen und mit dem Vertragspartner verhandeln. Ich gehe davon aus, dass es hier nicht um eine Summe geht, die es nötig macht, die Ausgestaltung der Leistungen im Plenum verhandeln zu müssen.

Geissmann Armin, FDP: Ich bin kein Jurist, ich bin ein Handwerker und ein Nachbar des VJF's. Ich muss Arsène Perroud loben, er ist Gemeinderat und Geschäftsführer des VJF's und schaut dafür, dass wir Kosten einsparen können. Er hat sicher keine einfache Aufgabe, aber er hat es im Griff mit seinen Leuten und ich denke, die Einsparungen kommen von Herzen und mit Verstand.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Armin Geissmann, natürlich handelt es sich um eine Erhöhung, im Vergleich zum Betrag von CHF 180'000.00, auch wenn diese im Vergleich zum letzten Budgetbeschluss geringer ausfällt. Die Diskussion darüber, ob man mit dem VJF einen neuen Vertrag machen und den Betrag erhöhen soll, zeigt ja gerade, dass es einen Bericht und Antrag für einen Verpflichtungskredit braucht. Dann können wir hier darüber diskutieren. Eine Budgetdebatte ist eigentlich der falsche Ort für diese Diskussion. Der Gemeinderat hat den Vertrag, den er letztes Jahr abgeschlossen hat, unter dem Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung abgeschlossen. Damit ist es überhaupt kein Problem, wenn wir heute Nein sagen zu diesem Thema. Paul Huwiler, es sind tatsächlich zwei Juristen, die sonst fast nie die gleiche Meinung vertreten, einer Meinung in dieser Frage.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Der Zufall will es, dass ich gerade die entsprechende Bestimmung des Gemeindegesetzes hier habe. Der Gemeindeschreiber hat vorhin frei geredet und es sehr gut und verständlich erklärt. Im Paragraph 90f Verpflichtungs- und Zusatzkredite heisst es, dass Verpflichtungskredite insbesondere erforderlich für wesentliche Investitionen und neue jährlich wiederkehrende Ausgaben sind. Es handelt sich nicht um eine neue Ausgabe, das Grundprinzip wurde schon lange beschlossen.

Es ist eine Frage des gesunden Menschenverstandes, ob Sie schlussendlich am Formalismus ersticken wollen. Wir haben heute den Antrag der FDP gehört, die Papier sparen will. Alles was hier gesagt wird, benötigt Papier und wenn wir wieder Vorlagen machen müssen, braucht es auch dafür Papier. Wenn man es einfach machen kann, dann machen wir es einfach. Unter dem Motto, Investieren statt resignieren. Bitte lehnen Sie den Antrag der FIKO ab.

Manimanakis Corinne, SP: Eigentlich wollte ich auch einen Antrag stellen, nämlich den, dass man es so lässt, wie es im Budget drin ist, doch damit werden wir keine Chance haben. Den gemeinderätlichen Antrag können wir unterstützen, den der FIKO nicht. Es besteht eine zeitgemässe Leistungsvereinbarung. Wenn die Jugendarbeit weiterhin professionell geleistet werden soll, ist dies der falsche Ort, um Einsparungen vorzunehmen. Wohlen brilliert mit der Jugendarbeit über die Gemeindegrenzen hinaus, gerade dort den Sparhebel anzusetzen, ist Gift. Wir sind es unserer Jugend schuldig, dass wir eine gute und funktionierende Jugendarbeit anbieten können.

Tanner Peter, SVP: Also frei übersetzt könnte man die Aussage von Walter Dubler nehmen und beispielsweise sagen, wenn etwas bis anhin CHF 100'000.00 kostete und dann eine Erhöhung um CHF 400'000.00 stattfindet, dann müsse man diese Erhöhung nicht vorlegen, weil es ja nichts Neues sei? An diesem Beispiel sieht man, dass die Begründung des Gemeinderates nicht funktioniert.

Wir haben auf Seite 4 "Leistungsangebot und Wahlbedarf überprüfen". Dazu hat der Einwohnerrat nichts gehört. Es wird etwas Neues vereinbart, mit immer höheren Kosten. Es gibt viele Vereine, die seit zwanzig Jahren immer den gleichen Betrag erhalten. Dort hat man auch nie gefordert, dass man diesen Vereinen einen Teuerungsausgleich zugestehen solle. Bei den einen macht man gar nichts und bei den anderen legt man sich ins Zeug. Das ist im Prinzip eine Diskriminierung und Ungleichbehandlung.

## **Abstimmung**



Der Antrag

*das Konto 0223 5440.3636.01 Beitrag an Verein für Jugend und Freizeit Wohlen sei um CHF 30'000.00 auf CHF 180'000.00 zu kürzen.*

wird mit 19 Ja-Stimmen zu 18 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

**Seite 86, Konto 6150.3101.04 Betriebs- und Verbrauchsmaterial Signalisation/Markierungen und Seite 87, Konto 6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter**

Keller Samuel, FDP: Mein Antrag wird sehr wahrscheinlich kontrovers aufgenommen werden. Ich möchte zwei Budgetposten reduzieren, die die Einführung von Tempo 30 betreffen. Der Betrag für Betriebs- und Verbrauchsmaterial Signalisation/Markierungen soll von CHF 60'000.00 um CHF 40'000.00 auf CHF 20'000.00 reduziert werden. Das Konto Honorare externe Berater, Gutachter betreffend Verkehrserhebung soll von CHF 70'000.00 um CHF 50'000.00 auf neu CHF 20'000.00 reduziert werden.

Der Zweck, den die FDP verfolgt, ist die Einführung von Tempo 30 im Jahr 2014 zu verzögern, solange, bis man über Erfahrungen mit Tempo 30 in anderen Quartieren verfügt und diese auch ausgewertet sind. Die Begründung dafür ist, dass der Einwohnerrat im Dezember 2012 den kommunalen Gesamtplan vom Kanton zur Kenntnis genommen hat. Damals wurde noch nicht deutlich herausgestellt, dass der Kanton in Tempo 30 Zonen Geschwindigkeitskontrollen verlangt. Wenn man diese nicht einhält, verlangt er auch, dass bauliche Massnahmen wie Bodenwellen, Hindernisse und Strassenführungsänderungen vorgenommen werden müssen. Das sind neue versteckte Kosten und wir sind der Meinung, dass die Bevölkerung, in Anbetracht solcher Kosten, nicht einverstanden sein wird, dass weitere Tempo 30 Zonen einrichtet werden. Ich weise darauf hin, dass sich das Volk schon im Jahr 2005 im Farngebiet ablehnend dazu geäussert hat.

Die Situation hat sich in der Zwischenzeit, durch die Einführung der Rechtsvortrittmarkierungen, signifikant verbessert. Es wurden sehr gute Erfahrungen damit gemacht. Der Verkehr konnte mit dieser Massnahme beruhigt werden. Ich habe von verschiedenen Leuten gehört, dass deutlich langsamer gefahren wird. Wir erachten es deshalb als unnötig, eine weitere Reglementierung vorzunehmen und sind der Meinung, dass die Einführung von Tempo 30 nicht mehr nötig ist. Das Thema muss noch einmal neu beurteilt und diskutiert werden, es besteht keine Dringlichkeit mehr. Wir bitten Sie unserem Antrag zu folgen, damit die Einführung von Tempo 30 Zonen, noch einmal öffentlich diskutiert werden kann.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir teilen die Meinung der FDP, dass eine brisante Aussage in den Raum gestellt wurde. Wir stehen am Anfang einer Amtsperiode, es ist die zweite Sitzung. Wenn wir gemeinsam nirgends hinkommen wollen, dann ist das der Weg, den wir gehen müssen.

Ich weise Thomas Geissmann darauf hin, dass das Ganze eine Vorgeschichte hat. Wir haben einen kommunalen Gesamtplan Verkehr und es wurden Begehungen gemacht durch Wohlen. Es gab Begehren für Tempo 30 von den Grünen, die wir dem Einwohnerrat unterbreitet haben.

Wenn man den Vergleich mit dem Farn von 2005 immer wieder bringt, ist es insofern falsch, als es der Sache nicht Rechnung trägt. Es war damals kein Wunsch des Gemeinderates, sondern es waren Leute aus diesem Quartier, die sich vehement dafür eingesetzt haben. Wir haben dem dann entsprochen, es war ein hoher Betrag und das Anliegen ist in

der Volksabstimmung gescheitert. Wenn man das aber nun mit dem vergleicht, was in der Zwischenzeit geschehen ist, dann ist es ein falscher Vergleich.

Es wäre fatal, hier die Gelder zu kürzen und ich bitte Nicole Imfeld, Leiterin Abt. Planung, Bau und Umwelt, im Anschluss fachlich darüber Auskunft zu erteilen. Wir haben jetzt die Situation, dass wir, auf Wunsch der Bewohner im Quartier Wil und im Quartier Allmend, sehr kostengünstig Massnahmen errichtet haben. Es liegen jedoch auch Begehren aus dem Quartier Halde vor, von Bewohnern, welche Massnahmen zu Beruhigung fordern, da sie täglich Angst um ihre Kinder haben. Wollen Sie die Verantwortung dafür übernehmen, wenn etwas passiert? Weitere Begehren liegen vom Rebberg vor. Die Gegner haben seinerzeit eingewendet, dass Tempo 30 nicht eingeplant worden sei. Die FDP hat sich sehr erfolgreich eingesetzt für die Wagenrainstrasse, diese und auch die umliegenden Strassen sind ausgerichtet auf Tempo 30 und das wollen wir auch an anderen Orten einführen.

Wir bringen Wohlen nur vorwärts, wenn wir eine klare Linie verfolgen. Uns nützt es nichts, wenn Sie vom Gemeinderat Grundsatzpapier nach Grundsatzpapier verlangen und schlussendlich, wenn es um die Umsetzung geht, die Mittel dafür nicht bewilligen.

Imfeld Nicole, Leiterin Abt. PBU: Die FDP hat von Konto 6340.3132.00 gesprochen, ich möchte betonen, dass dieses Konto nichts mit Tempo 30 zu tun hat. Ansonsten stimmen die Erläuterungen. Es ist korrekt, dass man nach einem Jahr kontrollieren muss, ob in einer neuen Tempo 30 Zone, die Geschwindigkeit eingehalten wird. Es ist möglich, günstige Lösungen für eine Verkehrsberuhigung zu machen. Wie Gemeindeammann Walter Dubler gesagt hat, werden wir täglich mit Begehren zu Tempo 30 Zonen konfrontiert. Tempo 30 Zonen sind mittlerweile unterdessen in fast allen anderen Gemeinden Standard.

Lehmann Sandra, GLP: Wir haben alle den Bericht und Antrag zu Tempo 30 im Wil erhalten und erfreulicherweise sehen können, dass eine Verkehrsberuhigung mit geringen Kosten möglich ist. Die Abrechnung zeigt Gesamtkosten von CHF 26'394.00 und es ist doch eine tolle Leistung, dass wir, mit relativ geringen Kosten, in diesem Quartier Tempo 30 einführen konnten.

Wir sollten die Einführung von Tempo 30 nicht weiter verzögern. Damals ging es um die Kosten, heute hat man günstigere Lösungen dafür. Es ist ganz klar ein Anliegen aus den Quartieren, aus dem Halde, aus dem Rebberg uns aus dem Höhenweg. Man hat dort 2009 einen Brief mit 50 Unterschriften von Anwohnern an den Gemeinderat geschickt, die darum geben haben, dass man in diesem Quartier Tempo 30 einführt. Das Quartier wartet jetzt schon seit fünf Jahren darauf, dass etwas geschieht. Es gibt andere Quartiere, die auch auf Massnahmen warten. Wir können jetzt nicht, im Rahmen der Budgetdiskussion, ein Anliegen, dass seit vielen Jahren besteht, einfach abwürgen. Unsere Fraktion wird das ganz klar ablehnen.

Geissmann Thomas, FDP: Es geht hier um das Demokratieverständnis. Walter Dubler hat gesagt, verschiedene Gruppierungen seien beim Gemeinderat vorstellig geworden. Das bedeutet aber nicht, dass der Gemeinderat Zusagen machen kann. Der Einwohnerrat ist das Volk und muss darüber befinden.

Ich erinnere mich noch gut an eine Aussage von Walter Dubler:

*"Den Bericht nehmen Sie nur zur Kenntnis, falls wir eine 30er Zone einführen wollen, dann werden wir automatisch einen Verpflichtungskredit bringen müssen".*

Diese Aussage war ein oder zwei Monate alt, als plötzlich Tempo 30 Tafeln im Bünzmatquartier standen. Das hat mich schon einigermaßen erstaunt. Es ist immer wieder das gleiche Muster erkennbar, wir wären eigentlich hier, um über Anliegen zu befinden, doch der

Gemeinderat lässt Verträge auslaufen, verhandelt diese neu, legt sie dem Einwohnerrat dann aber nicht vor. Da frage ich mich wirklich, wozu sind wir eigentlich noch hier? Dann können wir den Einwohnerrat auch abschaffen und alle Gruppierungen werden direkt beim Gemeinderat vorstellig.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich stimme Thomas Geissmann zu und möchte Sie auffordern, den beiden Kürzungsanträgen zuzustimmen. Wenn jemand ein Anliegen hat und dem Gemeinderat schreibt, ist es nicht immer so, dass der Gemeinderat dem Anliegen immer sofort entsprechen kann. Seit 2004 habe ich dem Gemeinderat immer wieder Briefe geschrieben, einen nach dem anderen, bevor wir hier jeweils Vorstösse gemacht haben. Ich kann nur sagen, ich bin relativ frustriert und schreibe schon lange keine Briefe mehr. Kein einziges Anliegen der SVP, der grössten Partei in Wohlen, ist vom Gemeinderat umgesetzt worden.

Es gibt auch viele Einwohner, die einen tieferen Steuerfuss als 113% wollen. Wir dürfen nicht vergessen, 113% ist ein Rekordsteuerfuss, die Statistiken der Region sind veröffentlicht. Das Ziel ist immer noch 104%, das entspricht dem kantonalen Mittel. Es gibt viel mehr Leute, die einen tieferen Steuerfuss wollen, als Leute, die Tempo 30 wollen. Der Gemeinderat wollte aber noch nie die Steuern senken. Ich verstehe ganz offen gesagt die Aggressionen des Gemeinderats nicht, wenn die FDP zwei berechtigte Anträge auf Kürzung von irgendwelchen Signalisationstafeln stellt. Wenn es, wie Nicole Imfeld gesagt hat, nicht Tempo 30 betrifft, ist mir das egal. Ich stimme auch dann den beiden Kürzungsanträgen der FDP zu, wenn es um andere Beträge und andere Zwecke geht.

Heinsalo Mika, Dorfteil Anglikon: Wir haben hier leider keinen Konsens in der Fraktion. Ich spreche hier für den Dorfteil Anglikon. Ich habe Nicole Imfeld bereits letztes Jahr gefragt, wie das Tempo 30 in Anglikon umgesetzt werden wird und ich wurde auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Ich bin nicht der einzige Angliker, welcher sich für die Tempo 30 Zone ausspricht. Die Kesselackerstrasse ist zum Beispiel eine Rennstrecke für verschiedenste Leute. Das wollen wir unterbinden, gerade weil dort viele Familien wohnen. Ich werde mich deshalb diesen Anträgen nicht anschliessen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich möchte mich gegen die Unterstellung von Thomas Geissmann wehren, dass der Gemeinderat sich nicht korrekt verhalte. Es gibt zwei Mittel, wie Gelder beantragt werden können. Zum einen via Budget, zum anderen via Verpflichtungskredit. Von uns wird erwartet, dass wir schlank und ohne grossen administrativen Aufwand arbeiten. Die Konti, die wir hier haben, werden dafür verwendet, das ist absolut korrekt. Zudem, bevor irgendwo überhaupt eine Tafel aufgestellt wird, wird es ausgeschrieben. Es gibt immer Rechtsmittel dagegen. Ich bitte Sie, nicht einfach Unterstellungen gegen den Gemeinderat anzustellen. Ich bin jetzt seit 32 Jahren in der Politik tätig, davon war ich viele Jahre in der FIKO. Wenn es einfach darum geht, zu Tempo 30 Ja oder Nein zu sagen, wäre es schade, wenn die Frage im Rahmen der Budgetdiskussion so schnell entschieden würde.

Lütolf Harry, CVP: Tempo 30 ist ein Evergreen, ich bitte Sie diese beiden Anträge abzulehnen. Jede Gemeinde in der Grösse Wohlens, hat eine oder mehrere Tempo 30 Zonen, das ist eine absolute Selbstverständlichkeit. Tempo 30 trägt ganz wesentlich zur Verkehrssicherheit bei und ist ein Segen für die Anwohner. Es ist klar, dass die Sicherheit dadurch erhöht wird, wer etwas anderes behauptet, widerspricht jeder Statistik.

Ich bitte Sie darum, dass wir in Wohlen, im Interesse der Bürger, vorwärts machen mit Tempo 30. Es gibt wirklich viele Einwohner, die Tempo 30 einführen möchten. Diesem Wunsch kann man nur Rechnung tragen, wenn man jetzt auch das nötige Geld spricht. Es handelt sich nicht um grosse, sondern um kleine Beträge, kleine Beträge, die zu sehr grosser Verkehrssicherheit und zur Verkehrsberuhigung beitragen.

Keller Anna, Grüne: Wir sind zwar Vertreter des Volkes, Thomas Geissmann, wir sind aber nicht die einzigen Menschen, die in Wohlen leben. Ich denke, dass es uns nicht zusteht, den anderen Einwohnern das Wort zu verbieten. Sie haben das Recht an den Gemeinderat zu gelangen, wenn es ihnen ein Anliegen ist. Im Übrigen ist die Motion, in der es um Tempo 30 geht, aus dem Jahr 2007. Das war noch vor den Grünen, nun ist es Zeit, dass etwas unternommen wird. Ich habe schon in den kleinsten Dörfern Tempo 30 Zonen gefunden, es ist also nicht zu viel verlangt, wenn wir in Wohlen auch vorwärts machen.

Stäger Urs, SVP: Der Gemeindeammann erwähnte, die Begehren wurden von den Grünen eigenreicht. Die Grünen haben einen Wähleranteil von etwa 8%. 60% der Bürger haben Nein gesagt zur Einführung von Tempo 30. Es gibt sicher einzelne Leute, welche immer wieder beim Gemeinderat vorstellig werden. Selbst wenn es 1'000 Leute wären, wäre es immer noch eine Minderheit, wir haben 15'000 Einwohner in Wohlen. Bei einer Einführung von Tempo 30 werden massive bautechnische Kosten entstehen. Die Tempo 30 Zone im Aesch beispielsweise ist ungünstig, das Tempo 30 wird sehr oft missachtet, man kann schon fast sagen, dass es gar nicht eingehalten wird. Die umliegenden Gemeinden haben übrigens keine Tempo 30 Zonen.

Geissmann Thomas, FDP: Wir ziehen den zweiten Antrag zurück, weil er ein falsches Konto enthält.

Tanner Peter, SVP: Ich möchte kurz auf die Aussage von Gemeindeammann Walter Dubler eingehen. Im Farn habe ich persönlich 400 Unterschriften von Anliegern gegen Tempo 30 gesammelt. Es ist nicht so, dass alle Anwohner damit glücklich sind, wenn Tempo 30 eingeführt wird. Das ist eine Information, welche bis anhin falsch war. Der Rechtsvortrag hat bereits eine sehr gute Wirkung auf die Verkehrssicherheit. Aber ohne Geschwindigkeitskontrollen geht es nicht, diese müssten häufiger durchgeführt werden.

Imfeld Nicole, Leiterin Abt. PBU: Auch das Konto Nr. 6150.3132.00 hat nicht viel mit Tempo 30 zu tun.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Das Konto 6150.3132.00 Honorare externe Berater, Gutachter sei um CHF 20'000.00 auf CHF 20'000.00 zu kürzen.*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

Der Antrag

*Das Konto 6150.3101.04 Betriebs- und Verbrauchsmaterial Signalisation/Markierungen sei um CHF 40'000.00 auf CHF 20'000.00 zu kürzen.*

wird mit 15 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

## **Seite 89, Konto 7301.3130.04 Grüngut-Transporte**

Duschén Andrea, FDP: Die Grüngutgebühren durch die Gemeindekasse zu bezahlen ist ein Luxus, den viele andere Gemeinden nicht kennen. Gleichzeitig sind wir in Wohlen aber auch nicht bereit, höhere Steuern zu bezahlen. Somit müssen wir die Annehmlichkeiten

den Möglichkeiten anpassen. Die FDP sieht eine Möglichkeit darin, dass das Grüngut nur noch alle zwei Wochen, im Winter alle drei Wochen, abgeholt wird. Das ist in diversen Nachbargemeinden bereits Usanz und meines Wissens ist es zu keinen Beschwerden gekommen. Gartenbesitzer können animiert werden, selbst einen Kompost anzulegen, was dem Umweltschutz zu Gute kommt. Alleine die Transportkosten betragen jährlich CHF 195'000.00. Die Anpassung um CHF 50'000.00 scheint uns absolut realistisch, wenn man etwas weniger Grüngutfahrten durchführt.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Bitte lehnen Sie den Antrag ab. Einerseits haben wir im Winter bereits nur alle zwei Wochen Grüngutabfuhr, andererseits bestehen Verträge, welche erst vor zwei oder drei Jahren abgeschlossen wurden und nicht so einfach anpassbar sind. Wir nehmen die Idee auf und im Jahr 2015 oder 2016, wenn die neuen Vertragsverhandlungen anstehen, werden wir die Idee einbringen und allenfalls in diesem Sinn eine Anpassung vornehmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich bin froh, dass Gemeinderat Ruedi Donat auf die vertragliche Verpflichtung hingewiesen hat. Der Antrag könnte dazu führen, dass man am Schluss gleichviel wie heute bezahlt, obwohl weniger Fahrten durchgeführt werden. Letztendlich geht der Antrag der FDP dahin, dass der Stimmbürger dafür bestraft wird, dass er die Einführung der Grüngutgebühr zum fünften Mal abgelehnt hat. Die gleiche Fraktion, die vorhin gesagt hat, sie sei das Volk, will nun das Volk mit einer Reduktion der Leistung abstrafen.

## Abstimmung

Der Antrag

*Das Konto 7301.3130.04 Grüngut-Transporte sei um CHF 50'000.00 auf CHF 145'000.00 zu kürzen.*

wird mit 9 Ja-Stimmen zu 28 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt

## Seite 93, Konto 9610.4451.00 Erträge aus Beteiligungen IB Wohlen AG

Tanner Peter, SVP: Wir haben im Einwohnerrat 2012 beschlossen, dass wir bei der IB Wohlen AG, einer hundertprozentigen Tochter von uns, eine Zieldividendenvergütung von CHF 1'200'000.00 festlegen. Das wurde damals fundiert erörtert und mit einer guten Mehrheit von 19 zu 12 Stimmen angenommen. Zu unserem grossen Erstaunen ist diese Dividende im Budget 2014 bei CHF 960'000.00 statt CHF 1'200'000.00 festgelegt. Das haben wir schon in der ersten Lesung am 14. Oktober 2013 moniert und kommen jetzt noch einmal darauf zurück. Es geht hier immerhin um CHF 240'000.00, die zusätzlich in die Gemeindekasse fließen sollten. Man kann auch nicht sagen, die Dividende müsse zuerst erarbeitet werden, das stimmt nicht. Wenn die IB Wohlen AG die Stromtarife anpassen würde, würde das anders aussehen. Auch wenn wir hier auf Einnahmen von CHF 240'000.00 verzichten, bezahlen wir die gleichen Strom- und Wassertarife wie bis anhin. Ich bitte Sie dafür zu sorgen, dass wir die CHF 1'200'000.00 erhalten werden.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich verweise auf das Einwohnerratsprotokoll vom 14. Oktober 2013, Seite 1263. Wir bitten Sie den Antrag abzulehnen, denn die Einnahmen sollten vorsichtig budgetiert werden. Wir können an der Generalversammlung der IB Wohlen AG auch später Beschluss für eine höhere Dividende fassen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Jedes Jahr sprechen wir hier über diese Frage, seit über zehn Jahren. Ich möchte mich auch nicht wiederholen, sondern mich nur auf neue Aspekte oder die Diskussion heute Abend beziehen. Die SP betont immer, wir hätten ein Einnahmeproblem. Das ist jetzt eine Möglichkeit die Einnahmen zu erhöhen. Im Jahr 2006 hatten wir eine Dividende in der Höhe von CHF 460'000.00. Die SVP beantragte damals CHF 600'000.00 oder CHF 700'000.00 und wurde ausgelacht und verspottet. In der Zwischenzeit wollte der Gemeinderat eine höhere Dividende, wir sind jetzt bei fast einer Million, das geht offenbar problemlos. Die Stimmung hier war damals wie heute dieselbe. Heute sind wir aber bei der doppelt so hohen Summe wie damals. Es wurde hier sogar schon über CHF 1'400'000.00 debattiert, was vielleicht etwas hoch gegriffen ist, aber auch das wäre machbar.

Der Gemeinderat argumentiert damit, dass wir 300 Einwohner mehr hätten. Folgedessen haben wir auch 300 Strombezügler mehr, welche Strom bezahlen. Es muss also zwingend mehr Gewinn erwirtschaftet werden. Schon alleine deshalb muss die Dividende steigen, dies kann man auch budgetieren.

Wir haben vor zwei Stunden über einen Kürzungsantrag von CHF 15'000.00 beim Musikverein Wohlen diskutiert. Ich weise darauf hin, dass die IB Wohlen AG über CHF 200'000.00 für Vereinssponsoring ausgibt. Würde man den Betrag für das Sponsoring etwas kürzen, könnte man die Dividende problemlos erhöhen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Ich weiss nicht, ob die IB Wohlen AG für Sponsoring gesamthaft CHF 200'000.00 ausgibt. Es ist die gleiche SVP, welche die IB Wohlen AG und den Gemeinderat prügelt, wenn die Gebühren steigen. Sie müssen sich einfach bewusst sein, dass jeder Franken, der irgendwann mal in die Dividende fliesst, zuerst verdient werden muss. Man kann die richtige Überlegung anstellen, dass die Zahl der Einwohner steigt und dadurch Mehreinnahmen geschaffen werden. Allerdings schwankt auch die Temperatur und das hat auch einen Einfluss auf die Einnahmen der IB Wohlen AG. Man kann hier schon etwas Rhetorik betreiben, aber schauen Sie doch bitte, dass wir uns vernünftig und verantwortungsvoll verhalten. Wenn die Zahlen vorliegen und daraus ersichtlich ist, dass die Ertragskraft stärker ist, dann versichere ich Ihnen, dass der Gemeinderat die Dividende auch erhöhen will. Wir machen eine saubere betriebswirtschaftliche Gesamtbetrachtung und am Schluss wird entschieden. Bitte lehnen Sie den Antrag der SVP ab.

Geissmann Armin, FDP: Wir haben letztes Jahr rund 25%, etwa CHF 1'300'000.00, durch die IB Wohlen AG erhalten, budgetiert waren CHF 990'000.00. Es war ein guter Winter und die IB Wohlen AG konnte viel Gas verkaufen. Die SVP will die Dividende erhöhen und gleichzeitig auch noch die Gebühren senken. Wir haben vorhin über die Kläranlage gesprochen, dort versuchen wir nicht, etwas was gut funktioniert, zu reduzieren. Wir hatten jetzt einen warmen Winter und es konnte weniger Gas verkauft werden, das wird den Ertrag schmälern. Wir sollten der IB Wohlen AG die Freiheit lassen, sich weiterentwickeln zu können.

Tanner Peter, SVP: Die Verwaltungsräte könnten sich auch noch zum Thema äussern. Ich bin der Ansicht, dass wir uns bei dieser Thematik durchsetzen müssen. Ich erinnere Sie daran, dass der Einwohnerrat mit 19 zu 12 Stimmen eine Dividende von CHF 1'200'000.00 beschlossen hat. Es ist wichtig, dass wir auch für künftige Entscheidungen dahinter stehen. Wir bestrafen niemanden, wenn der budgetierte Betrag von CHF 1'200'000.00 nicht erreicht wird, aber wir sollten an unserer Entscheidung festhalten.

Gemeindeammann Walter Dubler verspricht, dass der Gemeinderat die Dividendenhöhe prüfen wird. Das kann man glauben oder auch nicht. Schaut man sich die Vergangenheit an, hat man mit einer viel tieferen Dividende begonnen. Es brauchte immer unseren Einsatz im Einwohnerrat, damit der Betrag angehoben wird. Jetzt sind wir erneut gefordert. Es ist einleuchtend, dass mehr Strombezügler zu Mehreinnahmen führen werden. Wir möchten, dass der Betrag von CHF 1'200'000.00 entsprechend ins Budget aufgenommen wird.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Der Verwaltungsrat wurde direkt angesprochen, ich bin einer. Ich nehme gerne Stellung dazu, ich stehe aber als Gemeinderat und nicht als Verwaltungsrat hier. Wir haben mit der IB Wohlen AG eine Eigentümerstrategie entwickelt. Wir haben das im Oktober letzten Jahres bereits ausgeführt. Die Eigentümerstrategie wurde transparent gemacht, es war ersichtlich, auf welcher Bewertungsgrundlage die Dividende festgelegt wird. Wenn ich jetzt als Gemeinderat spreche, kann ich Ihnen versichern, dass der Gemeinderat mit der IB Wohlen AG hart verhandelt und die Strategie verfolgt und auch durchsetzt.

## Abstimmung

Der Antrag

*das Konto 9610.4451.00 Erträge aus Beteiligungen IB Wohlen AG sei auf CHF 1'200'000.00 zu erhöhen.*

wird mit 16 Ja-Stimmen zu 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

## Kontogruppe 3010 Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

Tanner Peter, SVP: Wir haben es heute bereits gehört, es soll eine Lohnerhöhung von 1% für das Verwaltungs- und Betriebspersonal der Gemeinde Wohlen geben. Zuerst wurden 1.5% gefordert, das wäre ein Betrag von CHF 150'000.00 gewesen. Die 1.5% wurden auf 1% reduziert, das macht nun einen neuen Betrag von CHF 100'000.00. Wir möchten diese Kostenreduktion einfordern, wir wollen keine Lohnerhöhung. Der Kanton hat auch eine Nullrunde beschlossen, obwohl er wahrscheinlich über mehr Geld verfügt als wir. Ich bitte Sie unseren Antrag auf 0% Lohnerhöhung zu unterstützen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir bitten Sie den Antrag abzulehnen. Wir haben bei der ersten Lesung einen Antrag mit einer Lohnerhöhung von 1.5% gebracht. Dieser wurde dann auf 1% reduziert und beschlossen. Zwischen 2011 und 2013 hat Wohlen gesamthaft 2% Lohnerhöhungen beschlossen, im Jahr 2013 wurde gar keine Lohnerhöhung gemacht. Im selben Zeitraum hat der Kanton Aargau Lohnerhöhungen von 3.9% durchgeführt, das ist fast doppelt so viel.

Der Grosse Rat hat in der Tat auf Antrag der SVP am 26. November 2013 eine Nullrunde beschlossen, es gibt aber einen wesentlichen Unterschied, nämlich dass der Grosse Rat in einer früheren Sitzung der Reduktion der Arbeitnehmerbeiträge zugestimmt hat. Dies hat schlussendlich für den Kanton Aargau Mehrkosten von CHF 4'600'000.00 ausgelöst. Das war ein gewichtiges Argument im Grossen Rat.

Es geht hier um die Glaubwürdigkeit des Einwohnerrates. Auch wenn damals die Zusammensetzung anders war als heute, im Jahr 2004 wurde das neue Personalreglement geschaffen. Dafür wurde eine Kommission mit Vertretern aller Fraktionen und Parteien eingesetzt. Wir haben eine klare Zielsetzung deklariert. Ein leistungsorientiertes Gehaltskonzept sollte geschaffen werden. Weitere Inhalte waren, dass es einfach, verständlich und transparent sein und den Mitarbeitern eine längerfristige Weiterentwicklung ermöglichen sollte. Im Reglement steht auch, dass bei einer generellen Anpassung der Löhne, die Lebenshaltungskosten berücksichtigt werden sollen. Diese nehmen stetig zu. Die wirtschaftliche Situation und die regionale Arbeitsmarktlage sind momentan nicht einfach. Qualifiziertes Personal zu finden, ist in der heutigen Zeit eine anspruchsvolle Aufgabe geworden. Die Qualität der Verwaltung steht und fällt mit dem Personal.



Eine Lohnerhöhung ist auch ein Zeichen der Anerkennung gegenüber den Mitarbeitenden. Es ist nicht genug, wenn man immer nur lobende Worte übrig hat. Manchmal muss man auch ein Zeichen setzen. Mit Ihrem Verhalten zeigen Sie Ihre Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitern der Gemeinde. Man muss Sorge zum qualifizierten Personal tragen, deshalb bitte ich Sie der Lohnerhöhung zuzustimmen und den Antrag der SVP abzulehnen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich hatte schon Angst, der Gemeindeammann würde noch eine Streikandrohung aussprechen. Es geht hier ja interessanterweise auch um den Lohn der sieben Gemeinderäte. In Lugano hat der Stadtrat eine Lohnkürzung für sich beantragt. Ich gebe zu, dort ist die Finanzlage schlimmer als bei uns, aber unsere ist auch nicht sehr erfreulich. Die Teuerung war in den letzten zwei Jahren rückläufig, auch wenn die Krankenkassenprämien stetig steigen. Es geht hier auch um die Wertschätzung des Steuerzahlers. Die Lohnerhöhung die wir beschliessen, werden wir die nächsten dreissig Jahre bezahlen müssen und basierend darauf, alle weiteren Lohnerhöhungen. Es geht nicht alleine um das Budget vom nächsten Jahr, sondern auch um die Budgets der Folgejahre. Die werden immer auf diesem Prozent basieren. Es wird niemanden hier in den Sinn kommen, eine Lohnsenkung zu beantragen. In erster Linie müssen wir an die Stimmbürger und Steuerzahler denken und in zweiter oder sogar in gleicher Linie, müssen wir auch an die Angestellten denken. Aber es kann nicht sein, dass wir sagen, die Angestellten wären ohne Lohnerhöhung demotiviert und würden nicht mehr gut arbeiten. So wenig traue ich dem Personal sicher nicht zu, ich glaube, dass das Personal auch ohne Lohnerhöhung immer noch motiviert arbeitet.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir haben die Zahlen von Lugano ebenfalls gesehen. Lugano hat Schulden von CHF 900 Mio. und ein Defizit von CHF 32 Mio. Mit dieser Finanzlage kann man die unsere einfach nicht vergleichen. Ich bitte deshalb darum, solche Vergleiche zu unterlassen. Weiter bitte ich die SVP, daran zu denken, dass sie die Fraktion ist, welche in der Gemeindeverwaltung am meisten Forderungen stellt und diese sind immer mit Arbeit verbunden.

Perroud Arsène, Gemeinderat: Als ehemaliges Mitglied der Arbeitsgruppe, die das Gehaltskonzept 2004 ausgearbeitet hat, möchte ich Sie noch auf etwas ganz Wichtiges hinweisen. Das Gehaltskonzept sieht vor, dass Personalentwicklung betrieben werden soll und Mitarbeiter für gute Leistungen entsprechend entlohnt werden sollen. Wenn jetzt Jahr für Jahr die Mittel nicht zur Verfügung gestellt werden, um die guten Leistungen honorieren zu können, dann führt das faktisch dazu, dass das Gehaltskonzept ausser Kraft gesetzt wird. So können wir es nicht aufrechterhalten, der Geist der dahinter steht, kann so nicht weitergelebt werden. Ich möchte Ihnen raten den Antrag der SVP abzulehnen und der kleinen Lohnerhöhung von 1% zuzustimmen.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Statt der geplanten Lohnerhöhung für das Personal von 1%, ist keine Lohnerhöhung vorzusehen (Kostenreduktion von CHF 100'000.00).*

wird mit 7 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

**Kontogruppe 3132 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc.**



Tanner Peter, SVP: Wir haben in der Rechnung etwa CHF 421'000.00 drin, im Budget sind jetzt CHF 647'000.00. Wir möchten das limitieren auf CHF 400'000.00.

Am Schluss dieser Sitzung können wir einmal ausrechnen, um wie viele Franken sich unser Budget verbessert hat. Wir haben viele Anträge gestellt, die leider abgelehnt wurden. Wir müssen sparen, so geht es nicht mehr weiter, aber der Leidensdruck scheint noch nicht hoch genug zu sein, um damit anzufangen. Dieser Antrag wird sicher auch abgelehnt werden. Es wird aber am 23. März 2014 eine Volksabstimmung geben und da werden wir die Resultate noch sehen.

Gsell Markus, Gemeinderat: Dieses Konto betrifft verschiedene Fachbereiche. Das heisst, der Antrag hätte früher gestellt werden müssen. Wir wissen so gar nicht, bei welchen Budgetposten wir Kürzungen vornehmen sollen. Die SVP muss das präzisieren.

Gregor Ariane, Präsidentin: Ich habe den Antrag extra hier in die Artengliederung genommen. Das war ein Anliegen der SVP, weil sie davon ausgeht, dass man bei jedem Budgetposten prozentual gleichviel sparen kann.

Tanner Peter, SVP: Das kann man so handhaben, es gibt vielleicht dringender und weniger dringende Sachen, die man unterschiedlich ausschöpfen muss. Wir sagen einfach, dass es so nicht weitergehen kann. Das letzte Mal hatten wir diese Diskussion auch schon, da haben wir mit den einzelnen Beträgen/Konten angefangen. Das wurde uns dann zum Vorwurf gemacht und es wurde gesagt, wir hätten das anders machen müssen. Nun bringen wir den Antrag bei der Artengliederung und sagen, der Betrag muss gesamthaft limitiert werden. Dieser Antrag steht.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Das geht so nicht, das sind kumulierte Zahlen. Vor vier Monaten haben wir das bereits einmal diskutiert, nachlesbar auf den Seiten 1264 und 1265 im Protokoll. Die damalige Präsidentin des Einwohnerrates, welche auch der SVP angehört, hat die Diskussion weiterführen lassen, weil eine Abstimmung nicht zulässig war. Wenn man etwas kürzen will, tut man das beim jeweiligen Konto. Lehnen Sie den Antrag bitte ab.

Lehmann Sandra, GLP: Auch wenn wir jetzt über den Antrag abstimmen werden, macht so eine Pauschalkürzung für mich keinen Sinn. Ich möchte gerne genau wissen, was für Gutachten und wofür wir sie erstellen lassen, wo genau gespart wird und was nicht umgesetzt wird. Eigentlich müssten wir wieder zurückgehen und über die einzelnen Positionen abstimmen. Ich werde ganz sicher Nein stimmen.

Wille Franz, CVP: Der Antrag, pauschal alles um einen Viertel zu kürzen, verunmöglicht es mir als Einwohnerrat und auch den Stimmbürgern, zu bestimmen, wo Kürzungen stattfinden sollen. Da gehen die Meinungen sicher auseinander und es ist nicht die Aufgabe des Gemeinderates, uns zu sagen, wo gestrichen werden soll. Für mich ist ein solcher Streichungsantrag hier nicht zulässig und es sollte keine Abstimmung durchgeführt werden.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Wenn wir über den Antrag abstimmen, ist er so zu verstehen, dass jedes Konto verhältnismässig gekürzt wird. Es soll nicht so sein, dass der Gemeinderat wählen kann, wo und wie viel gekürzt wird. Das ist nicht die Idee. Im Übrigen haben wir bei der Lohnerhöhung vorhin dasselbe getan.

Burkard Thomas, Grüne: Ich bitte den Rat, vernünftig zu bleiben. Die Methode, die hier angewendet wird, ist reiner Populismus und beraubt uns der Möglichkeit zu sagen, wo wir eigentlich Einsparungen vornehmen möchten. Das ist meines Erachtens rechtlich gar nicht zulässig. Ich möchte darum bitten den Antrag abzulehnen.

Geissmann Armin, FDP: Populistisch oder nicht, diese Diskussion ist einfach nicht sachbezogen. Wir sollten logisch denken und auf dem Boden der Tatsachen bleiben.

Lütolf Harry, CVP: Ich möchte nur noch auf die groteske Situation hinweisen, dass wir einen Antrag der SVP vorliegen haben, die SVP aber zwei unterschiedliche Meinungen vertritt. Die eine Meinung ist, dass der Gemeinderat entscheiden kann, wo er Einsparungen vornehmen will, die andere Meinung ist, die Einsparungen müssten bei jedem Konto gleich erfolgen. Es ist schwierig einem Antrag zuzustimmen, wenn innerhalb der antragstellenden Partei unterschiedliche Meinungen vertreten werden, wie er umgesetzt werden soll.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Die Kontogruppe 3132 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten etc. sei auf CHF 400'000.00 zu kürzen.*

wird mit 10 Ja-Stimmen zu 27 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen abgelehnt.

## **Seite 103, Konto 6130.5610.05 Sanierung Anglikerstrasse und Kreisel Industrie**

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Es geht um den Betrag von CHF 275'000.00, der bei den Ausgaben aufgeführt ist. Wir stellen den Antrag, dass dieser Betrag mit dem Verpflichtungskredit der Sanierung Anglikerstrasse und Kreisel Industrie ersatzlos zu streichen ist.

Während der Detailberatung hat sich herausgestellt, dass die Sanierung hinfällig ist. Gemäss Gemeinderat wird ein neues Projekt erarbeitet, das dann mit Bericht und Antrag vorgelegt werden wird. Gemäss Finanzdekret Paragraph 15 Absatz 6, verfällt ein Verpflichtungskredit: Wenn der Zweck erreicht ist, wenn der Zweck aufgegeben wird oder wenn das Vorhaben innert fünf Jahren nicht in Angriff genommen wird. Im vorliegenden Fall werden davon zwei Punkte erfüllt: Der Zweck wird aufgegeben und der Entscheid ist vom 19. Januar 2009, damit vor über fünf Jahren gefällt worden, ohne, dass das Vorhaben angegangen wurde.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es ist in der Tat so, dass dieses Vorhaben noch nicht umgesetzt wurde. Es wurde an der Gemeindeversammlung in Villmergen zurückgewiesen. Das weitere Vorgehen ist, dass Villmergen und Wohlen beim Regierungsrat vorstellig werden. Was den Verfall anbelangt, ist es tatsächlich so, darüber muss kein Beschluss gefasst werden. Im Gemeindegesetz stehen die gleichen Punkte wie im Finanzdekret, es muss kein Beschluss gefasst werden.

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Ich möchte gerne ergänzen, dass hier bei den Ausgaben in der Investitionsrechnung ein Betrag von CHF 275'000.00 aufgeführt wird. Ich sehe den Sinn nicht, weshalb dieser aufgeführt wird, wenn die Ausgabe nicht getätigt wird. Das heisst, wenn wir diesen streichen, hat es keine Auswirkung auf die Erfolgsrechnung, sondern das Finanzierungsergebnis verbessert sich von CHF 145'600.00 auf CHF 420'600.00.

## **Abstimmung**

Der Antrag

*Die Kontogruppe 6130.5610.05 Sanierung Anglikerstrasse und Kreisel Industrie sei ersatzlos zu streichen.*

wird mit 37 Ja-Stimmen zu 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltungen angenommen.

## Steuerfuss

Tanner Peter, SVP: Der Steuerfuss soll auf 109% festgesetzt werden. Wir haben diesen Steuerfuss vorhin begründet und wir haben alle Anträge in der Detailberatung gestellt. Am 14. Oktober letzten Jahres haben wir, um Kosten einzusparen, noch weitere Anträge über CHF 350'000.00 gestellt, davon sind CHF 80'000.00 überwiesen worden. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat Einsparmöglichkeiten von CHF 15'000.00 und die FIKO von CHF 40'000.00 gefunden, es verbleiben also immer noch ungefähr CHF 220'000.00, die man zusätzlich einsparen könnte. Ich sehe aber den Weg nicht mehr hier drinnen, um weiter darüber zu diskutieren. Wir haben jetzt zwei Anläufe gemacht, am 14. Oktober 2013 und heute wieder, ohne die Unterstützung der anderen Parteien für unsere Anträge gewinnen zu können. Es scheint ideologisch motiviert zu sein, ob man Anträgen zustimmt oder nicht. Ich bin froh, dass das Volk das letzte Wort haben wird.

Der SVP kann niemand vorwerfen, dass sie sich nicht darum bemüht, das Budget zu verbessern. Ich verstehe den Einwohnerrat nicht, dass er trotz Mehreinnahmen von CHF 700'000.00, den Steuerfuss auf 113% belassen will. Es bleibt abzuwarten, ob es das Volk verstehen wird, das weiss ich nicht. Unterstützt unseren Antrag oder macht einen Vorschlag für eine andere Senkung.

Wille Franz, CVP: Man muss jetzt Bilanz ziehen, nach all den Abstimmungen vom 14. Oktober und von heute. Die SVP hat eine Pressemitteilung herausgegeben, in der sie erklärt, wie sie zu ihren Schlüssen kommt. Wenn man vom letzten Budget ausgeht, beträgt das von der SVP aufgezeigte Sparpotential CHF 1'300'000.00. Der Einwohnerrat hat bereits Ausgaben über CHF 128'000.00 gestrichen, die CHF 80'000.00 für die Fassade und die Reduktion der Lohnerhöhung um 0.5%. Für die Festlegung der Dividendenhöhe sind wir gar nicht zuständig. Bei den grösseren Beträgen, die vorgeschlagen wurden, muss man überlegen, ob sie sinnvoll sind.

Ich nenne Ihnen ein paar Abstimmungsergebnisse zu diesen Anträgen, nur die Ja-Stimmen: Betriebsaufwand Software: 10, Stellenstreichung im Betriebsamt: 7, Schulverwaltung streichen: 9, Nutzung Glasfaser Informatik streichen: 9, Lohnerhöhung Personal streichen: 9 und der Höhepunkt Versorgung Niedermatten, also dort den Strom und das Wasser abzustellen: 14. Das sind total grosse Positionen von rund CHF 700'000.00 und dann bleiben noch einige kleinere Positionen von rund CHF 240'000.00.

Die Fehlüberlegung in der Pressemitteilung ist in meinen Augen der Betrag von CHF 118'000.00, welcher im neuen Budget enthalten ist und welche die Gemeinde als Einsparungen bezeichnet. Der Mehrertrag von CHF 700'000.00 bei den Steuern, ist mit einem Steuerfuss von 113% berechnet. Der Unterschied von 113% zu 109% Steuern beträgt CHF 1'113'000.00. Einsparungen in dieser Höhe haben wir heute aber überhaupt nicht beschlossen. Eine Reduktion des Steuerfusses auf 109% würde bedeuten, dass man das Ergebnis um über eine Million verschlechtern würde und weil der Cash-Flow weniger als das ist, müssten wir dem Volk ein Budget mit einem Defizit vorlegen. Wenn die SVP den Bürgern Steuergeschenke machen will und dem Steuerzahler etwas mehr Geld lassen möchte, muss sich die Gemeinde dafür verschulden. Wenn man das tut, dann weiss ich nicht mehr, was eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist. Wir müssen den Steuerfuss bei 113% belassen.

Geissmann Armin, FDP: Ich denke, den Steuerfuss bei 113% festzusetzen ist eine logische Folgerung der Tatsachen und es ist wohl allen Anwesenden klar, dass wir das tun müssen und Wohlen sich nicht verschulden soll.

Lehmann Sandra, GLP: Ich sehe das genauso wie meine Vorredner. Ich habe mir auch überlegt, was eine Steuersenkung auf 109% für die Gemeinde bedeuten würde. Es würde für 2014 CHF 1 Mio. weniger Steuereinnahmen bedeuten und wir müssten uns verschulden. Investitionen könnten wir auch keine tätigen. Das können wir den kommenden Generationen nicht antun. Wir müssen das Gegenteil tun und nachhaltig wirtschaften, Einnahmen und Ausgaben müssen sich die Waage halten. Wir müssen dafür schauen, dass wir Geld für künftige Investitionen haben. Wir bräuchten rund CHF 3'000'000.00 und nicht CHF 1'700'000.00, um unsere Anlagen unterhalten und sanieren zu können.

Suter Stephan, SP: Wir haben gesehen, dass ein Steuerfuss von 116% beim Volk keinen Anklang findet, dieser Steuerfuss war damals unser Vorschlag. Wir sehen es wie die CVP, die FDP und die GLP, wir müssen dafür schauen, dass wir in Zukunft ein Finanzpolster haben und nicht immer am Limit sind. Wir sind für den Steuerfuss von 113%.

### **Abstimmung**

Der Antrag der SVP (109%) wird dem gemeinderätlichen Antrag gegenübergestellt (113%):

Antrag Gemeinderat (113%):	29 Stimmen
Antrag SVP (109%):	8 Stimmen
Enthaltungen:	0 Stimmen

**Genehmigung des Budget 2014 der Einwohnergemeinde Wohlen AG (2. Vorlage) mit einem unverändertem Steuerfuss von 113 %**

**Abstimmung**

Das Budget 2014 der Einwohnergemeinde Wohlen (2. Vorlage) mit einem unverändertem Steuerfuss von 113 %

wird mit 31 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen mit 1 Enthaltung angenommen.

Gregor Ariane, Präsidentin: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 24. März 2014 um 19.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

**Für das Protokoll**



Ariane Gregor,  
Präsidentin



Michelle Steinauer,  
Gemeindeschreiber-Stv.